

Einladung

Stadt Erlangen

Schulausschuss

1. Sitzung • Donnerstag, 20.01.2011 • 16:00 Uhr • Ratssaal, Rathaus

Öffentliche Tagesordnung - 16:00 Uhr

**Inhaltsverzeichnis
siehe letzte Seite(n)**

1. Mitteilungen zur Kenntnis
- 1.1. Bearbeitungsstand der Fraktionsanträge 40/045/2010
Kenntnisnahme
2. Vorstellung der Homepage "Erlangen - une ville á aimer - Erlangen - eine liebenswerte Stadt - durch Schülerinnen und Schüler des Emmy-Noether-Gymnasiums im Rahmen des P-Seminars der Oberstufe 40/046/2010
Kenntnisnahme
3. Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des Schulverwaltungsamtes - siehe Arbeitsprogramme 2011 in gebundener Form ab Seite 150 40/043/2010
Beschluss
- 3.1. Fachamtsbudget; Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf 2011 lfd. Nr 40.3; Hier: Stellungnahme zum Zweckverband Schulzentrum Erlangen-Ost 40/049/2010
Kenntnisnahme
4. Maßnahmenvorschläge von Rödl + Partner 112/024/2010
Gutachten
- 4.1. Stellungnahme der Personalvertretung zu einzelnen Vorschlägen der externen Beraterfirma Rödl + Partner sowie Stellungnahmen der Dienststellenpersonalräte 40M und 40W zu geplanten Stelleneinsparungen BM/ZV/010/2010
Kenntnisnahme
- 4.2. Stellungnahmen des Fachamtes und der Schulleitungen zum Maßnahmenvorschlag von Rödl + Partner Nr. 15 "Schulsekretariate" 40/048/2010
Kenntnisnahme
- 4.3. Stellungnahme des Schulverwaltungsamtes zum Maßnahmenvorschlag von Rödl & Partner Nr. 14 "Kostenerstattung für die Überlassung von Schulküchen und Personal an Dienstleister" 40/050/2011
Kenntnisnahme
- 4.4. Stellungnahme der Schulleitung zum Maßnahmenvorschlag von Rödl & Partner Nr. 17 "Erhöhung des Schulgeldes an der städtischen Fachschule für Techniker" 40/051/2011
Kenntnisnahme

5. Anfragen

Hinweis:

Es wird darum gebeten, die bereits verteilten Haushaltsunterlagen

- **Haushaltsentwurf 2011**
- **den Band Arbeitsprogramme 2011**
- **die aufbereiteten Antragsunterlagen zum Haushalt 2011**
- **die Verwaltungsvorlagen zum Stellenplan 2011**
- **sowie die Abstimmungsvorlage der Maßnahmenvorschläge von Rödl und Partner**

zur Sitzung mitzubringen.

Ich darf Sie hiermit zu dieser Sitzung einladen.

Erlangen, den 13. Januar 2011

STADT ERLANGEN

gez. Dr. Siegfried Balleis

Oberbürgermeister

Falls Tagesordnungspunkte dieser Sitzung aus Zeitgründen auf den nächsten Termin verschoben werden müssen, bitten wir Sie, die entsprechenden Unterlagen aufzubewahren und erneut mitzubringen.

Die Sitzungsunterlagen können auch unter www.ratsinfo.erlangen.de abgerufen werden.

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:
I/40 MCA

Verantwortliche/r:
Frau Mahns

Vorlagennummer:
40/045/2010

Bearbeitungsstand der Fraktionsanträge

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Schulausschuss	20.01.2011	öffentlich	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen

I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

II. Sachbericht

Beiliegende Übersicht zeigt den Bearbeitungsstand der Fraktionsanträge im Januar 2011 an.

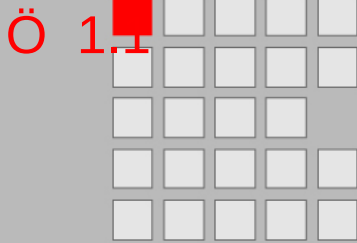
Anlagen: Übersicht zum Erledigungsstand der Fraktionsanträge

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

**Bearbeitungsstand der Fraktionsanträge
Januar 2011**

Antrag Nr.	Antragsteller/in	Fraktion/Partei	Thema	SchulA/Stadtrat /Bemerkungen
168/2010	Frau Aßmus, Frau Graichen	CSU	Zweckverband „Gemeinschaftsanlagen im Kreis- und Stadtschulzentrum Erlangen-Ost in Spardorf	HHSchulA 20.1.2011, weitere Behandlung in 2011, wenn Ergebnis vor- liegt
112/2010	Herr Dr. Janik, Frau Hartwig, Frau Pfister, Frau Rossiter, Frau Nicklas, Herr Vogel	SPD	Inklusion im Erlanger Bildungssystem: Aufklä- rung, Dialog mit allen Betroffenen und erste Schritte	Noch in Bearbeitung -Behandlung noch nicht bekannt
064/2010	Herr Dr. Janik, Frau Hartwig, Frau Lanig, Frau Pfister, Frau Nicklas	SPD	Schwerpunkt Bildung: Behandlung des The- mas „Inklusion“ in Erlan- gen	Gemeinsamer Schul- und Jugend- hilfeausschuss 19.5.2011
231/2008	Frau Lender-Cassens	Grüne Liste	Öffnung von Schulhöfen	-Behandlung noch nicht bekannt-
015/2009	Frau Aßmus, Frau Graichen	CSU	Erste Konsequenzen aus der Erlanger Bil- dungsoffensive hier: Autonomie für die Verwaltung der Erlanger Schulen	Noch in Bearbeitung -Behandlung noch nicht bekannt -
016/2009	Frau Aßmus, Frau Graichen	CSU	Erste Konsequenzen aus der Erlanger Bil- dungsoffensive hier: Auszeichnung von Schulabschlüssen	Stellungnahme v. Amt 13 angefordert, da städt. Auszeich- nung - Behandlung noch nicht bekannt -
061/2009	Frau Dr. Herzberger-Fofana	Grüne Liste	Förderunterricht für Jugendliche am Gymna- sium	Behandlung noch nicht bekannt
091/2009	Frau Graichen	CSU	Erweiterung Adalbert- Stifter-Schule	Noch in Bearbeitung -Behandlung noch nicht bekannt
093/2009	Herr Janik, Frau Hartwig, Frau Lanig, Frau Pfister, Frau Rossiter	SPD	Ganztagesbetreuung im Bereich der Adalbert- Stifter-Schule	Noch in Bearbeitung -Behandlung noch nicht bekannt-



Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 02.11.2010

Antragsnr.: 112/2010

Verteiler: OBM, BM, Fraktionen

Zust. Referat: I/BM Lohwasser

mit Referat: IV/51

**SPD Fraktion
im Stadtrat Erlangen**

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathaus

91052 Erlangen

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Geschäftsstelle im Rathaus,
1. Stock, Zimmer 105 und 105a
Telefon 09131 862225
Telefax 09131 862181
e-Mail spd@erlangen.de
www.spd-fraktion-erlangen.de

Inklusion im Erlanger Bildungssystem: Aufklärung, Dialog mit allen Betroffenen und erste Schritte

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Datum
28.10.2010

die SPD-Stadtratsfraktion hat mit ihrem Antrag vom 24.06.10 den Anstoß dafür gegeben, das Thema der Inklusion im Bereich der Bildung im Erlanger Stadtrat zu behandeln. Die Auseinandersetzung mit dieser Frage ist dringend erforderlich, da seit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention im März 2009 die Umsetzung des Anspruchs behinderter Kinder und Jugendlicher auf inklusive Bildung auch im Freistaat Bayern und in den bayerischen Kommunen endlich angegangen werden muss - andere Bundesländer sind in diesem Prozess überwiegend bereits wesentlich weiter vorangeschritten.

AnsprechpartnerIn
Saskia Coerlin

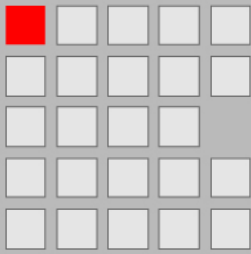
Durchwahl
09131 862225

Die Auseinandersetzung mit dem Thema Inklusion muss in einem offenen Dialogprozess mit allen Betroffenen erfolgen. Die Stadt Erlangen muss im Rahmen der Bildungsoffensive die Moderation dieses Dialogs vor Ort übernehmen und Aufklärung leisten.

Seite
1 von 3

Wir stellen daher folgenden Antrag:

- Im Anschluss an die Einstiegsdiskussion im Schulausschuss am 11.11.10 (sowie die noch ausstehende Behandlung im Jugendhilfeausschuss) organisiert die Verwaltung im den ersten Monaten des kommenden Jahres Exkursionsfahrten für die Mitglieder von JHA und SchA (und alle interessierten Stadtratsmitglieder) in Einrichtungen, die inklusive Ansätze praktizieren. Insbesondere werden Fahrten zum Bildungszentrum für Blinde und Sehbehinderte in Nürnberg und in eine Regelschule in Hessen geplant.



- Das Thema Inklusion muss im Jahr 2011 im Bildungsrat ausführlich diskutiert und in das Bildungsmonitoring aufgenommen werden.
- Die Stadt führt ein ExpertInnen-Hearing zum Thema Inklusion im Bildungssystem durch und organisiert daran anschließend einen Dialogprozess zu Umsetzungszielen und -schritten in Erlangen. Einzubeziehende sind hierbei insbesondere VertreterInnen folgender Einrichtungen bzw. Verbände:
Schulleitungen und Elternbeiräte aller Schularten (einschl. der Förderschulen), Lehrerverbände und Gewerkschaften, Staatliches Schulamt, Schulverwaltungsamt und Jugendamt, Behindertenverbände, der städtische Behindertenbeauftragte und das Behindertenforum Erlangen sowie die zuständigen Stellen des Bezirks Mittelfranken. In einem ersten Schritt muss im Zusammenhang damit eine Bestandsaufnahme zur Situation behinderter Kinder und Jugendlicher im Bildungswesen (einschließlich der privaten und beruflichen Schulen) auf der Grundlage konkreter Daten erfolgen. Die bisherigen Erfahrungen mit integrativem Unterricht sollen einbezogen und ausgewertet werden.
- Bis ein Konzept zur regionalen Umsetzung der Inklusion als Ergebnis des Dialogprozesses vorliegt, wirkt die Stadt im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf hin, dass ab sofort Einzelfälle (d.h. Anträgen von Eltern auf Aufnahme von Kindern mit Behinderung in Kindertagesstätten bzw. Regelschulen) möglichst flexibel und aufgeschlossen behandelt werden. Die Stadt unterstützt aktiv diejenigen Kitas und Schulen, die Kinder mit Behinderung aufnehmen.
- Die Verwaltung entwickelt – in Kooperation mit dem Staatlichen Schulamt und den Kommunen im Großraum - Fortbildungsangebote zum Thema Inklusion für das gesamte pädagogische Personal in Schulen und Kindertagesstätten. Die zuständigen Fachbereiche der Verwaltung werden ebenfalls dafür qualifiziert, in ihrem Zuständigkeitsbereich mit dem Thema Inklusion umzugehen.
- Die Verwaltung zeigt den Stand der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Bildungsbereich durch die bayerischen Staatsregierung auf.

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Geschäftsstelle im Rathaus,
1. Stock, Zimmer 105 und 105a
Telefon 09131 862225
Telefax 09131 862181
e-Mail spd@erlangen.de
www.spd-fraktion-erlangen.de

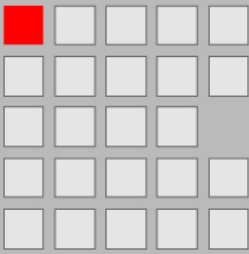
Datum
28.10.2010

AnsprechpartnerIn
Saskia Coerlin

Durchwahl
09131 862225

Seite
2 von 3

- Die Stadt setzt sich gegenüber der Staatsregierung gemeinsam mit den anderen Kommunen nachdrücklich dafür ein, dass die Kosten, die durch



SPD Fraktion im Stadtrat Erlangen

die Umsetzung inklusiver Bildungskonzepte entstehen (u. a. für Personal und bauliche Maßnahmen), nicht auf die Kommunen abgewälzt, sondern vom Freistaat im Rahmen der Konnexität in angemessenem Umfang übernommen werden.

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Geschäftsstelle im Rathaus,
1. Stock, Zimmer 105 und 105a
Telefon 09131 862225
Telefax 09131 862181
e-Mail spd@erlangen.de
www.spd-fraktion-erlangen.de

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Florian Janik
Fraktionsvorsitzender

Barbara Pfister
Stadträtin

Gisela Niclas
Sprecherin für
Soziales

Elizabeth Rossiter
Sprecherin für Ausländer
und Integration

Birgit Hartwig
Sprecherin für
Jugend, Familie und
Freizeit

Wolfgang Vogel
Stadtrat

Datum
28.10.2010

AnsprechpartnerIn
Saskia Coerlin

f.d.R. Saskia Coerlin
Geschäftsführerin der SPD-Fraktion

Durchwahl
09131 862225

Seite
3 von 3

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:
I/40/MCA

Verantwortliche/r:
Frau Mahns

Vorlagennummer:
40/046/2010

Vorstellung der Homepage "Erlangen - une ville á aimer - Erlangen - eine liebenswerte Stadt - durch Schülerinnen und Schüler des Emmy-Noether-Gymnasiums im Rahmen des P-Seminars der Oberstufe

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Schulausschuss	20.01.2011	öffentlich	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen

I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

II. Sachbericht

Schülerinnen und Schüler des Emmy-Noether-Gymnasiums stellen ihr Projekt vor. Eine Kurzbeschreibung ist der beigefügten Anlage zu entnehmen.

Anlagen: Pressemitteilung P-Seminar Französisch des ENGh

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang



Erlangen – une ville à aimer

Pressemitteilung P-Seminar Französisch Emmy-Noether-Gymnasium

Wir sind eine Gruppe von 14 Schülern des Emmy-Noether-Gymnasiums und haben uns im Rahmen des P-Seminars der Oberstufe einem ganz besonderen Projekt gewidmet:

„Erlangen – une ville à aimer“ – „Erlangen – eine liebenswerte Stadt“.

Der Titel verrät bereits unser Projektziel: Wir wollen Franzosen, die nach Erlangen kommen um hier zu leben und zu arbeiten, die Eingewöhnung erleichtern und ihnen diese tolle Stadt näher bringen, indem wir vielfältige Informationen über Erlangen auf einer eigenen Homepage bereitstellen.

So haben wir eine individuelle Homepage im Comicdesign für diese bestimmte Zielgruppe geschaffen.

Die Homepage ist zweisprachig, in Französisch und Deutsch, erstellt. Sie basiert auf Google-Maps, so kann sie intuitiv bedient und von vielen Personen genutzt werden. Durch den Stadtplan wird man ermutigt, Erlangen zu entdecken.

Die Inhalte der Homepage sind in die Kategorien Gastronomie, Bildung, Nachtleben, Kultur, Freizeit und Wissenswertes aufgeteilt. Wir haben die Auswahl persönlich getroffen. Zusätzlich haben wir Informationen durch eine gezielte Bedarfsanalyse eingeholt. Franzosen, die bereits in Erlangen leben, wurden mit Hilfe von Fragebögen zu wichtigen Themen befragt. Unsere Auswahl haben wir dann mit diesen Informationen ergänzt.

Zu den ausgewählten Inhalten haben wir Texte auf Deutsch und Französisch erstellt. Die Informationen sind kurz, prägnant und zielorientiert.

Nach einem Aussprachetraining wurden die französischen Texte als Podcasts aufgenommen und ebenfalls auf die Homepage gestellt. Zum einen ist es angenehmer die mp3-Dateien anzuhören anstatt den Text zu lesen. Zum anderen kann man sich einen Podcast anhören und dabei andere Informationen anschauen. Außerdem haben wir so eine moderne und zeitgemäße Technik verwendet, die unsere Zielgruppe anspricht. Die Texte wurden zusätzlich noch mit Bildern und Grafiken illustriert.

Das Ergebnis: Nach einem Jahr intensiver Projektarbeit und gutem Teamwork ist eine individuelle und zielgerichtete Homepage entstanden, die zeigt, „Erlangen – c’est une ville à aimer“. Überzeugen Sie sich selbst unter www.ville-a-aimer.de!

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
I/40/MCA

Verantwortliche/r:
Carmen Mahns

Vorlagennummer:
40/043/2010

Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des Schulverwaltungsamtes - siehe Arbeitsprogramme 2011 in gebundener Form ab Seite 150

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Schulausschuss	20.01.2011	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Dem Stellenplan 2011 für das Schulverwaltungsamt wird zugestimmt. Dem Gesamtbudget in Höhe von 1.244.300 € auf der Basis des ungekürzten Budgets für das Schulverwaltungsamt wird zugestimmt. Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.

2. Das Arbeitsprogramm 2011 für das Schulverwaltungsamt wird unter Berücksichtigung des noch festzustellenden Budgets inhaltlich beschlossen.

II. Begründung

Wie im Arbeitsprogramm ausgeführt, ist die Sparvorgabe von 5 % mit einer Erhöhung der Einnahmen von 267.800 und einer Reduzierung der Ausgaben um 310.500 € im Schulverwaltungsamt nicht umsetzbar. Das Schulverwaltungsamt erfüllt zu über 90 % Pflichtaufgaben nach dem BaySchFG und diese sind nicht disponibel. Freiwillige Leistungen wie die Ausgaben für die offenen und gebundenen Ganztagschulen und für die Mittagsbetreuungen an den Grundschulen sind wegen des gesellschaftlichen Wandels nicht zurückzuführen.

Anlagen: Auszug Amt 40 Stellenplan
Auszug Amt 40 Ergebnishaushalt
Auszug Amt 40 Finanzplan/Investitionsplan
Arbeitsprogramm mit Anlage

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf 2011

--- nicht investiv ---

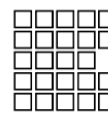


Fachamt	Amt lfd. Nr.	Produkt / Sachkonto (soweit bekannt)	Änderungs-antrag	Seite im Verw.- entwurf		Veränderung beim Ertrag	Veränderung beim Aufwand (negativer Betrag = Aufwandserhöhung)	Budget ----- negativer Betrag = Zuschussbudget	
---------	-----------------	---	------------------	----------------------------	--	----------------------------	---	---	--

Schulausschuss (Sitzung am 20.01.2011)

11/61	40				Bezeichnung/Begründung des Änderungsantrags zum Sachmittelbudget von Amt 40 (Entwicklung des Sachmittelbudgets: Seiten 149ff. im Verwaltungsentwurf)	5.689.800 €	-6.295.800 €	-606.000 €	Abstimmung Fachausschuss
		2121	Abstimmung im SchulA vom 22.07.10 einstimmig angenommen	149ff.	Aus Erneuerung der Schulküchen in der Eichendorffschule werden einmalig FAG-Mittel in Höhe von 152.000 € erwartet (für nicht-investiven Anteil, einstimmig in SchulA vom 22.07.2010/Bauausschuss vom 17.08.2010 angenommen, Vorlage 242/068/2010). Nach Mitteilung Amt 40 werden 100.000 € in 2011, in 2012 noch 22.000 € erwartet. 30.000 € werden in 2011 als Investitionszuschuss veranschlagt.	100.000 €			
			Abstimmung Stadtrat am 25.11.2010 einstimmig angenommen	149ff.	Die bestehenden Regeln zur Personalkostenbudgetierung für die drei städtischen Schulen werden weiterhin angewendet. Die Budgetkürzung aufgrund KGSt-Vorschlag ist damit zurückzunehmen (StR vom 25.11.2010, Vorlage 40/041/2010)		-60.000 €		
	40.1.		SPD 138/2010	149ff.	Sonderprojekte Mittelschule		-10.000 €		Abstimmung SchulA ... : ... Stimmen
	40.2.		SPD 138/2010	149ff.	Woche gegen Rassismus Hinweis Kämmerei auf Beschluß des Stadtrats vom 29.07.2010: "In die Beratungsunterlagen zum Haushalt 2011 sind - wie im Vorjahr - nur (Ausgaben-)Anträge ab 5.000 € pro Jahr aufzunehmen. Haushaltsanträge und Fachausschussgutachten unter 5.000 € jährlich sind aus den betreffenden Budgets zu finanzieren."		-2.000 €		Abstimmung SchulA ... : ... Stimmen
	40.3.		CSU 168/2010	149ff.	Zweckverband Schulzentrum Erlangen-Ost: Überarbeitung der Verbandssatzung mit dem Ziel, den Finanzbedarf im Verhältnis der Schülerzahlen aufzuteilen		180.000 €		Abstimmung SchulA ... : ... Stimmen

Stadt Erlangen



Stadt Erlangen Postfach 3160 91051 Erlangen

Referat Zentrale Verwaltung

An die

Mitglieder des Stadtrates Erlangen

Referatsleitungen

Amtsleitungen

Gebäude: Rathausplatz 1

Zimmer: 1211

Kontakt: Herr Wein

Telefon: 0 91 31 / 86-1642

Telefax: 0 91 31 / 86-771642

E-Mail: marco.wein@stadt.erlangen.de

Nutzen Sie unsere Angebote im Internet:

<http://www.erlangen.de>

Unser Zeichen / Schreiben:
OBM/ZV/112/CMB

Ihr Schreiben / Zeichen:

Datum:

13. Dezember 2010

Änderung und Ergänzung des Stellenplanes 2011; Verwaltungsvorlage, Neufassung

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Anlage überreichen wir die Neufassung der Verwaltungsvorlage zu den Änderungen und Ergänzungen des Stellenplanes 2011. In dieser Neufassung sind alle eingegangenen Fraktionsanträge, sowie Nachmeldungen der Verwaltung nach Fachausschüssen und Ämtern sortiert.

Für die Fachausschussberatungen bitten wir Sie diese Unterlagen zu verwenden.

Mit freundlichen Grüßen

Ternes

Änderung und Ergänzung des Stellenplanes 2011

Neufassung

Inhalt	Seite
1. Vorbemerkungen	<u>2</u>
2. Liste A – neue Planstellen, Fraktionsanträge usw.	<u>3</u>
3. Liste B – Stellenwertänderungen usw.	<u>12</u>

Referat Zentrale Verwaltung

Ternes

1 Vorbemerkungen

Mit dieser Neufassung wird die ursprüngliche Verwaltungsvorlage auf den aktuellen Stand gebracht.

Aufgeführt sind alle Anträge der ursprünglichen Verwaltungsvorlage sowie neu hinzugekommene Anträge und Vorgänge (mit **!** und "neu" gekennzeichnet).

Sie enthält neben Verwaltungsanträgen auch die eingegangenen Fraktionsanträge zum Stellenplan.

Die neugefasste Vorlage ist gegliedert in

Liste A Fachausschüsse

darin enthalten sind:

- **Verwaltungsanträge**
 - neue Planstellen,
 - Stelleneinzüge,
 - Funktionsänderungen,
 - Sperrungen und Entsperrungen
 - kw-Vermerke
- Fraktionsanträge sind mit  gekennzeichnet und *kursiv* geschrieben

Die Liste A dient zur Beratung und Begutachtung in den Fachausschüssen.

Liste B

darin enthalten sind:

- Stellenwertänderungen
- Stellenumwandlungen

Die Liste B dient nur zur Beratung im HFGA am 15.02./16.02.11

Nr.	Ref/ Amt/PISt	Zw/EZ.	Funktion/Aufgabe/ Thema	Wert	Anteilige Personal- kosten 2011 €	Gesamt- jahres- kosten ab 2012 €	Begründung/Bemerkungen	Gutach- ten Fach- aus- schuss	Gutach- ten HFPA 15.02./ 16.02.11	Beschluss Stadtrat 24.02.11
JHA										
Amt 51										
16. Neu !	IV 51...	1,5	Erzieher/in Wiener Str.	S 6	20.750	41.500	Neuschaffung: Umsetzung Krippenausbaugesetz. Anm.: Bei Umsetzung des Vorschlages von Rödl & Partner (Maßnahmennummer 24) wird diese Neu- schaffung mit einer entsprechenden Stundensperre (gem. Anstellungsschlüssel) angepasst.			
17. Neu !	IV 51...	1,0	Kinderpfleger/in Wiener Str.	S 3	18.500	37.000	Neuschaffung: Umsetzung Krippenausbaugesetz. Anm.: Bei Umsetzung des Vorschlages von Rödl & Partner (Maßnahmennummer 24) wird diese Neu- schaffung mit einer entsprechenden Stundensperre (gem. Anstellungsschlüssel) angepasst.			
18.	IV 5120060		SB Krippenausbau Projekte	S 11	---	---	Verlängerung kw-Vermerk (0,5) bis zum 31.12.2013: Projekt Krippenausbau läuft bis Ende 2013, kw-Vermerk wird analog zu den anderen Stellen verlängert.			
SchulA										
Amt 40										
19.	I 4001040		SB Schulwesen	A 7	4.300	4.300	Wegfall der Stundensperre in Höhe von 7 Std.: Letzte Stellenbedarfsbemessung vom BKPv bestätigt diesen Personalbedarf.			

Finanzplan/Investitionen		Beantragt von:		SPD		Antrags-Nr.: 137/10	
A	Lfd. Nr.:	Kostenstelle, Amt		400090	Seite: neu	IP-Nr.: neu	Seite: neu
	1	Produktgruppen Text:		21 Schulen (allgemein)			
		Investitionsmaßnahme:		Erweiterung bestehender Ganztagesangebote, (Pauschale für Anbaumaßnahmen)			
		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR			Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR
2011	Auszahlung:	0	- 75.000	2013	Auszahlung:	0	- 475.000
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
2012	Auszahlung:	0	- 475.000	2014	Auszahlung:	0	- 475.000
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
	VE:				VE:		
VE = Verpflichtungsermächtigungen				später	Auszahlung:	0	0
Begründung:		ab Schuljahr 2011/12 jährlich eine neue Ganztagsklasse an einer weiteren Schule oder als Erweiterung bestehender Ganztagesangebote Kämmerei: Beträge sind bei Zustimmung nach Vorgabe des Schulverwaltungsamtes einer konkreten Maßnahme zuzuordnen.					
Gutachten des		SchulA	Der Antrag wird ☐ angenommen ☐ abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen				

Finanzplan/Investitionen		Beantragt von:		Verwaltung Nachmeldung		Antrags-Nr.: -	
A	Lfd. Nr.:	Kostenstelle, Amt		400090	Seite: 156	IP-Nr.: 213.351	Seite: 335
	6	Produktgruppen Text:		Kombinierte Grund- u. Hauptschulen			
		Investitionsmaßnahme:		Schuleinrichtung Büchenbach Nord, Mönaus Schule			
		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR			Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR
2011	Auszahlung:	-73.000	+ 73.000	2013	Auszahlung:	0	0
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
2012	Auszahlung:	-28.000	- 73.000	2014	Auszahlung:	0	0
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
	VE:	0	- 73.000		VE:		
VE = Verpflichtungsermächtigungen				später	Auszahlung:	0	0
Begründung:		Verwaltung: Umsetzung des BWA-Beschlusses v. 30.11.2010 (Gutachten Schulausschuss v. 11.11.2010)					
Gutachten des		SchulA/BWA	Der Antrag wird ☐ angenommen ☐ abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen				

Finanzplan/Investitionen		Beantragt von:		CSU		Antrags-Nr.: 166/10	
A	Lfd. Nr.:	Kostenstelle, Amt		400090	Seite: 156	IP-Nr.: 215A.400	Seite: 335
	7	Produktgruppen Text:		Realschulen			
		Investitionsmaßnahme:		Werner v. Siemens RS, Neubau/Anbau einer Mensa			
		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR			Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR
2011	Auszahlung:	0	- 250.000	2013	Auszahlung:	-128.100	+ 20.000
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
2012	Auszahlung:	-480.000	+ 230.000	2014	Auszahlung:	0	0
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
	VE:	0	- 250.000		VE:		
VE = Verpflichtungsermächtigungen				später	Auszahlung:	0	0
Begründung:		Kämmerei: Vereinbarung im Einigungsgespräch zwischen Ref II und Amt 40, zwei Mensen pro Jahr zu realisieren. Für das HH-Jahr 2011 wurden die Mensen „Max u. Justine Elsner GS“ und die GHS Büchenbach Nord, Mönaus Schule als erste Priorität von Amt 40 benannt. Für das HH-Jahr 2012 sind die Mensen „H.-Hedenus-GS“ und Realschule W.v.Siemens“ und für das HH 2013 die Mensen „Pestalozzi GS“ und „Realschule am Europakanal“ eingeplant.					
Gutachten des		SchulA	Der Antrag wird ☐ angenommen ☐ abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen				

Finanzplan/Investitionen		Beantragt von:		SPD		Antrags-Nr.: 137/10	
A	Lfd. Nr.:	Kostenstelle, Amt		400090	Seite: 156	IP-Nr.: 215A.402	Seite: 335
	8	Produktgruppen Text:		Realschulen			
		Investitionsmaßnahme:		Werner v. Siemens RS, Behindertengerechter Umbau			
		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR			Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR
2011	Auszahlung:	0	0	2013	Auszahlung:	0	0
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
2012	Auszahlung:	0	- 250.000	2014	VE:		
	Zuweisungen:				Auszahlung:	0	0
	VE:				Zuweisungen:		
VE = Verpflichtungsermächtigungen					VE:		
				später	Auszahlung:	-250.000	+ 250.000
Begründung:							
Gutachten des SchulA Der Antrag wird ☐ angenommen ☐ abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen							

Finanzplan/Investitionen		Beantragt von:		SPD		Antrags-Nr.: 137/10	
A	Lfd. Nr.:	Kostenstelle, Amt		400090	Seite: 157	IP-Nr.: 215B.400	Seite: 335
	9	Produktgruppen Text:		Realschulen			
		Investitionsmaßnahme:		Neubau/Anbau einer Mensa, RS Europakanal			
		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR			Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR
2011	Auszahlung:	0	- 28.000	2013	Auszahlung:	-420.000	+ 314.400
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
2012	Auszahlung:	-28.000	- 392.000	2014	VE:		
	Zuweisungen:				Auszahlung:	-105.600	+ 105.600
	VE:				Zuweisungen:		
VE = Verpflichtungsermächtigungen					VE:		
				später	Auszahlung:	0	0
Begründung: Vorziehen der Baumaßnahme Kämmerei: siehe Lfd. 7							
Gutachten des SchulA Der Antrag wird ☐ angenommen ☐ abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen							

Finanzplan/Investitionen		Beantragt von:		SPD		Antrags-Nr.: 137/10	
A	Lfd. Nr.:	Kostenstelle, Amt		240090	Seite: 102	IP-Nr.: 217E.401	Seite: 336
	10.00	Produktgruppen Text:		Gymnasien			
		Investitionsmaßnahme:		Albert-Schweitzer-Gymnasium, Generalsanierung			
		Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR			Ansatz Entwurf EUR	+/- Änderung um EUR
2011	Auszahlung:	-122.500	0	2013	Auszahlung:	-2.297.800	- 1.900.400
	Zuweisungen:				Zuweisungen:		
2012	Auszahlung:	0	- 2.297.800	2014	VE:		
	Zuweisungen:				Auszahlung:	-4.198.200	+ 4.198.200
	VE:				Zuweisungen:		
VE = Verpflichtungsermächtigungen					VE:		
				später	Auszahlung:	0	0
Begründung: Vorziehen um ein Jahr. Korrespondierende Einnahmen FAG-Mittel.							
Gutachten des BWA/SchulA Der Antrag wird ☐ angenommen ☐ abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen							

Finanzplan/Investition		Beantragt von:		SPD		Antrags-Nr.: 137/10	
E		Lfd. Nr.: 10.01		IP-Nr.: 217E.401ES		Seite: 158 u. 336	
Einzahlungen:		Kostenstelle, Amt:		400090, Amt 40			
		ProduktgruppenText:		Gymnasien			
		Einnahmentext:		Staatszuweisung ASG Generalsanierung			
		Ansatz Entwurf EUR		+/- Änderung um EUR			
		2011		0		0	
		2012		0		+ 400.000	
		2013		400.000		+ 400.000	
		2014		800.000		- 500.000	
		Später		300.000		- 300.000	
Begründung:							
Gutachten des BWA/SchulA Der Antrag wird ☐ angenommen ☐ abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen							

Finanzplan/Investitionen		Beantragt von:		SPD		Antrags-Nr.: 137/10	
A		Lfd. Nr.: 11		Kostenstelle, Amt: 400090		Seite: 160	
		Produktgruppen Text:		Berufsbildende Schulen			
		Investitionsmaßnahme:		Berufsschule Behindertengerechter Zugang			
		Ansatz Entwurf EUR		+/- Änderung um EUR			
2011		Auszahlung:		0		0	
		Zuweisungen:					
2012		Auszahlung:		0		0	
		Zuweisungen:					
		VE:					
2013		Auszahlung:		0		- 200.000	
		Zuweisungen:					
2014		Auszahlung:		0		0	
		Zuweisungen:					
		VE:					
		später		Auszahlung:		-200.000 + 200.000	
VE = Verpflichtungsermächtigungen							
Begründung:							
Gutachten des SchulA Der Antrag wird ☐ angenommen ☐ abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen							

Finanzplan/Investitionen		Beantragt von:		SPD		Antrags-Nr.: 137/10	
A		Lfd. Nr.: 12		Kostenstelle, Amt: 400090		Seite: 160	
		Produktgruppen Text:		Berufsbildende Schulen			
		Investitionsmaßnahme:		Fachoberschule, Bauliche Maßnahme, Aufzug			
		Ansatz Entwurf EUR		+/- Änderung um EUR			
2011		Auszahlung:		0		0	
		Zuweisungen:					
2012		Auszahlung:		0		- 250.000	
		Zuweisungen:					
		VE:					
2013		Auszahlung:		0		0	
		Zuweisungen:					
2014		Auszahlung:		0		0	
		Zuweisungen:					
		VE:					
		später		Auszahlung:		-250.000 + 250.000	
VE = Verpflichtungsermächtigungen							
Begründung:							
Gutachten des SchulA Der Antrag wird ☐ angenommen ☐ abgelehnt mit.....gegen.....Stimmen							

Arbeitsprogramm 2011

Fachausschuss

Amt

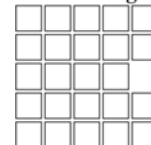
Ggf. Hinweis auf untergeordnete Organisationseinheit (Abt./SG)/ oder Produktbereich

Schulausschuss

40 / Schulverwaltungsamt

20. 01. 2011

Stadt Erlangen



1 Allgemeine Angaben¹	
Verantwortlich	Carmen Mahns
Beschreibung	Sachbedarf der Schulen, Schulfinanzierung, Stadtbildstelle
Auftragsgrundlage²	Bayerisches Erziehungs- und Unterrichtsgesetz, Bayerisches Schulfinanzierungsgesetz, Schulbauverordnung, Finanzausgleichsgesetz, Schülerbeförderungsverordnung, Schulwegkostenfreiheitsgesetz etc.
Zielgruppe	Schulleitungen, Schülerinnen und Schüler, Eltern
Ziele / Aufgaben	Bereitstellung von Schulraum inklusive Ausstattung, Sicherstellung des Sachbedarfs der Schulen, Versorgung der Schulen mit Lehr- und Lernmitteln, Bereitstellung von Betreuungsplätzen für die Mittagsbetreuungen in den Grundschulen, Bereitstellung von Betreuungsplätzen für die offenen und gebundenen Ganztagschulen, Sicherstellung der Schülerbeförderung, Sicherstellung der Heimunterbringung für Berufsschüler, Beratung und Verleih von Unterrichtsmedien
2 Produktgruppen³	
Untergeordnete Produktgruppen in eigener Verantwortung	211 Grundschulen 212 Hauptschulen 213 Kombinierte Grund- und Hauptschule 215 Realschulen 217 Gymnasien 221 Förderschulen 231 Berufliche Schulen 241 Schülerbeförderung 242 Fördermaßnahmen für Schüler 243 Sonstige schulische Aufgaben
Untergeordnete Produktgruppen mit anteiliger Verantwortung⁴	

Arbeitsprogramm 2011

Fachausschuss

Schulausschuss

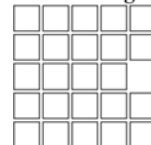
20. 01. 2011

Amt

40 / Schulverwaltungsamt

Ggf. Hinweis auf untergeordnete Organisationseinheit (Abt./SG)/ oder Produktbereich

Stadt Erlangen



3 Finanzdaten	2010	2011 (voraussichtlich)	
3.1 Teilergebnishaushalt⁵			
0110 ordentliche Erträge	-10.821.500	-11.040.800	
0180 ordentliche Aufwendungen	19.626.700	20.003.200	
0190 Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	8.805.200	8.962.400	
3.2 Budgetdaten⁶			
E Summe Erträge (Sachkosten)	-5.357.000,-	-5.669.200	
A Summe Aufwendungen (Sachkosten)	6.269.400,-	6.275.200	
SKO Saldo Sachkosten	912.400,-	606.000	Basis für Arbeitsprogramm
PKE Personalkostenzuschüsse/-erstattungen	-5.492.200,-	-5.602.000,-	
PKA Personalaufwand	9.318.000,-	9.165.700,-	
PKO Saldo Personalkosten	3.825.800,-	3.563.700,-	Reduzierung der Personalkostenansätze um 3 % durch Finanzreferat berücksichtigt
3.3 Budgetrücklage			
Stand 30.06. des Vorjahres⁷	Stand: 30.6.2009 <u>366.064,07</u>	Stand: 30.06.2010 <u>314.551,81</u>	
- davon für VIBOS	137.613,59	151.546,03	
- davon sonst. gebundene Mittel aus Budgetergebnis (Schulsubbudgets, Büchergeldbudgets, Anteil Personalkosten -Überschuss der drei städt. Schulen)	228.450,48	163.005,78	
3.4 Investitionen			
0150 Planmäßige Abschreibungen⁸	0,-	0,-	
0300 Auszahlung aus Investitionstätigkeit	676.800,-	512.000,-	

Arbeitsprogramm 2011

Fachausschuss

Schulausschuss

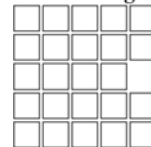
20. 01. 2011

Amt

40 / Schulverwaltungsamt

Ggf. Hinweis auf untergeordnete Organisationseinheit (Abt./SG)/ oder Produktbereich

Stadt Erlangen



4 Personalausstattung⁹	Gesamt	Beamte	Tarifbeschäftigte
IST-Stand lt. Stellenplan 2010	11,5	5	6
davon derzeit besetzt mit			
- Vollzeitkräften	9	3	6
- Teilzeitkräften	5	2	3
- Davon derzeit nicht besetzt "freiwillig" bzw. "gesperrt"	0	0	0
Anmerkungen zu sonst. Beschäftigungsverhältnissen			
- Stundenkontingente	2		
- Saisonkräfte			
- Ausbildungsverhältnisse			
- ABM-Kräfte			
- z.b.V			

Arbeitsprogramm 2011

Fachausschuss

Schulausschuss

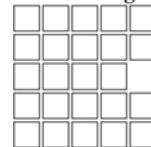
20. 01. 2011

Amt

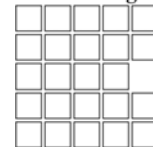
40 / Schulverwaltungsamt

Ggf. Hinweis auf untergeordnete Organisationseinheit (Abt./SG)/ oder Produktbereich

Stadt Erlangen



5 Stellenplan 2011			
Beantragte Änderungen (Übersicht ohne Stellenwertänderungen)	Funktion + Stellenumfang (VZ bzw. TZ-Anteile)	Stellen- wert	Kurzbegründung Fachamt¹⁰
Folgende neue Planstellen wurden von der Fachdienststelle beantragt und sind in Liste A zum Stellenplan aufgenommen	Keine		
Folgende Stelleneinzüge, Stellensperrungen und kw-Vermerke sind in der Liste A zum Stellenplan enthalten	keine		
Folgende Nichtschaffung einer Planstelle, Stelleneinzüge und -sperrungen und kw-Vermerke ist/sind nicht im Konsens mit dem Fachamt	keine		



6 Hintergrundinformation¹¹

Analysen, Fakten, Kennzahlen

Entwicklungstrends, Prognosen

Die Kosten für die Mittagsbetreuungen an den Grundschulen sind in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Auch die Nachfrage nach offenen Ganztagsangeboten steigt weiterhin. Die Bezuschussung der offenen Ganztagsschule wurde auf eine Finanzierung analog zu den gebundenen Ganztagsschulen mit 5.000 € pro Klasse angepasst. Damit beteiligt sich die Kommune am notwendigen Personalaufwand. Zur Finanzierung der gebundenen Ganztagszweige zahlt die Stadt Erlangen ebenfalls 5.000 € pro Klasse als Zuschuss zum Mehraufwand beim Lehrpersonal. Diese Regelung wurde nunmehr mit kultusministeriellem Schreiben auch auf die „Altfälle“ vor dem Jahr 2009 angewendet. Damit steigen die Ausgaben für die gebundenen Ganztagsschulen zum Jahr 2011 auf 185.000 €.

Der Mehrbedarf für die Mittagsbetreuung an Grundschulen sowie für die offenen und gebundenen Ganztagsschulen in Höhe von insgesamt 213.000 € sind im Budget für 2011 bereits berücksichtigt. Hinzu kommen weitere Mehrausgaben im Rahmen der Schülerbeförderung, bei der Bezuschussung des Mittagessens sowie sonstiger Sachaufwand; Näheres siehe Anlage.

Herausforderungen¹²

Die Budgetvorgabe des Finanzreferats mit einer Kürzung des Budgets um 5 % ist praktisch nicht umsetzbar, da das Schulverwaltungsamt vorwiegend Pflichtaufgaben erfüllt. Ausgaben für Mittagsbetreuung, offene und gebundene Ganztagsschulen können aufgrund des gesellschaftlichen Wandels kaum eingeschränkt werden und würden zu Defiziten bei der Betreuung führen.

Eine Erhöhung der Einnahmen um 267.850 € ist unrealistisch, da das Schulverwaltungsamt diese Einnahmen nicht generieren kann. Die größte Position, die Gastschulbeitragseinnahmen sind so kalkuliert, dass Verbesserungen aufgrund höherer Gastschülerzahlen bereits enthalten sind.

Die Umsetzung des KGSt – Vorschlag Nr. 40. K 87 bedarf noch einer näheren Prüfung der Personalkostenansätze der drei städtischen Schulen unter Mitwirkung der Schulleitungen und des Personalamtes. Das Ergebnis dieser Prüfung steht noch nicht fest. Ein Vorwegabzug im Sachkostenbudget ist auch deshalb abzulehnen, weil die Einsparungen in den Personalkostenbudgets der Schulen von Jahr zu Jahr schwanken. Werden die Einsparungen nicht erreicht, geht dies voll zu Lasten des Sachkostenbudgets ohne finanziellen Ausgleich.

Langfristig strategische Ziele der Dienststelle¹³

Optimierung von Arbeitsabläufen bei der Ausgabe der Schülerfahrkarten und Verbesserung der Arbeitsabläufe bei Gastschulanträgen

- Was wollen wir im nächsten Jahr erreichen?
- Was wollen wir dafür tun?
- Wie wollen wir das anpacken?
- Welche Ressourcen stehen dafür zur Verfügung bzw. werden benötigt?

Siehe Ziele/Aufgaben unter 1. sowie Arbeitsschwerpunkte unter 6.

Arbeitsprogramm 2011

Fachausschuss

Schulausschuss

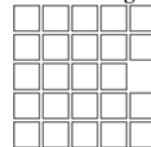
20. 01. 2011

Amt

40 / Schulverwaltungsamt

Ggf. Hinweis auf untergeordnete Organisationseinheit (Abt./SG)/ oder Produktbereich

Stadt Erlangen



Arbeitsschwerpunkte 2011¹⁴

- Arbeitsschwerpunkt 1	Abwicklung des Schulsanierungsprogramms nach FAG, Abstimmung mit der Schulaufsicht, Ausstattung der Sanierungsschulen
- Arbeitsschwerpunkt 2	Umsetzung der Planungen für offene und gebundene Ganztagschulen mit der Schaffung von Schulmensen und Aufenthaltsräumen für die Grundschule Mönauschule, die Hermann-Hedenus-Mittelschule und die Max- und Justine-Elsner-Schule; Koordination mit GME, Schulleitung, Regierung von Mittelfranken
- Arbeitsschwerpunkt 3	Umsetzung der Stadtbildstelle wegen Einrichtung eines Ganztagszuges an der Pestalozzischule
- Arbeitsschwerpunkt 4	Erarbeitung eines Gesamtkonzepts für die Schulsporthallen – Bestands- und Bedarfsermittlung für die allgemeinbildenden Schulen
- Arbeitsschwerpunkt 5	Umsetzung der Ergebnissen des Schulentwicklungsplans Teil II, Planungen, Kostenermittlungen, Folgerungen aus der hohen Anzahl der Gastschüler
- Arbeitsschwerpunkt 6	Fortschreibung des Schulentwicklungsplans Teil I Volksschulen, Sonderpädagogisches Förderzentrum mit aktualisierter Schülerprognose, Abstimmung mit Jugendhilfeplanung
- Arbeitsschwerpunkt 7	Zusammenarbeit Jugendamt, Staatl. Schulamt und Schulverwaltungsamt: Entwicklung von Modellen der Zusammenarbeit zwischen Hort, Lernstuben und Ganztagschule
- Arbeitsschwerpunkt 8	Nach vollständiger Inbetriebnahme der neu eingerichteten Ganztagschulen Erarbeitung eines Konzepts für die Einführung weiterer Ganztagschulen zwischen Schule, Jugendhilfe, Staatlichem Schulamt, Kooperationspartnern und Sachaufwandsträger
- Arbeitsschwerpunkt 9	Planung eines Anbaus für die Adalbert-Stifter-Schule
- Arbeitsschwerpunkt 10	Änderung des Schulsprengels für die Adalbert-Stifter-Schule und Loschgeschule
- Arbeitsschwerpunkt 11	Bildungsoffensive: Fortsetzung des W.i.l.d. Projektes – Sprachförderung für Kinder mit und ohne Migrationshintergrund, Förderung begabter Kinder mit Migrationshintergrund
- Arbeitsschwerpunkt 12	Inklusion – Bearbeitung des Stadtratsantrags Nr. 064/2010 der SPD-Fraktion in Zusammenarbeit mit Jugendamt und Sozialamt
- Arbeitsschwerpunkt 13	Mitarbeit in der Bildungsoffensive: im Bildungsrat bei der Erstellung des Bildungsberichts
- Arbeitsschwerpunkt 14	Optimierung des Informationsbedarfs aus dem Finanzprogramm

Arbeitsprogramm 2011

Fachausschuss

Schulausschuss

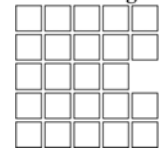
20. 01. 2011

Amt

40 / Schulverwaltungsamt

Ggf. Hinweis auf untergeordnete Organisationseinheit (Abt./SG)/ oder Produktbereich

Stadt Erlangen



Beitrag zu übergeordneten strategischen Zielen der Stadt Erlangen¹⁵

Zielbeitrag zu	hoch	gering	null
Haushaltskonsolidierung		X	
Bildung	X		
Demografische Entwicklung	X		

Erläuterungen, Kommentare

<optional>

Arbeitsprogramm 2011

Fachausschuss

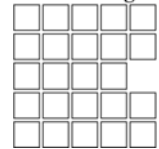
Amt

Ggf. Hinweis auf untergeordnete Organisationseinheit (Abt./SG)/ oder Produktbereich

<Organisationsnummer> / <Bezeichnung>

<Datum>

Stadt Erlangen



¹ Bearbeitungshinweise in den Endnoten

Werden i.d.R. nicht ausgedruckt. Falls sie die Endnoten doch ausdrucken wollen, müssen sie unter >Extras > Optionen ... > Drucken > Mit dem Dokument ausdrucken > „ausgeblendeten Text drucken“ einen Haken setzen

² Pflichtaufgaben sind gemäß HFPa Beschluss vom 12.05.2010 mit * zu kennzeichnen

³ Nur nachrichtlich => künftige Entwicklung ab 2012/2013 => orientiert an den derzeit bei 112 und 20 in 77

⁴ Möglichst mit Hinweis auf andere Dienststellen, die ebenfalls Leistungen für diese Produktgruppe erbringen

⁵ analog Teilergebnishaushalt

⁶ analog Kontenschema SKO

⁷ Die Ämter sollten in den Haushaltsberatungen auf Nachfrage den aktuellen Stand benennen können.

⁸ Hinweis auf Werteverzehr bzw. -aufbau

⁹ Darstellung bitte entsprechend aktuellem Stellenplan **2010** ohne Planstellenummern und ohne Namen der Stelleninhaber/-innen.

(Weitergehende Differenzierung z.B. in "Beamte, Tarifbeschäftigte" oder in "männliche und weibliche Beschäftigte" oder nach Abteilungen, Sachgebieten usw. liegt im Ermessen der Fachdienststellen)

¹⁰ Hat sich die Personalausstattung in den letzten zwei Jahren wesentlich verändert bzw. ist damit im Haushaltsjahr **2011** zu rechnen ?" (kurze Begründung bei auffälligen Schwankungen, Stellenmehrungen u. -minderungen mit nachhaltigen Auswirkungen). Mit welchen Konsequenzen rechnet das Fachamt, wenn den Stellenplanwünschen nicht entsprochen werden kann?

Ggf. Verweis auf vertiefte Begründung zu den Arbeitsschwerpunkten (Nr. 6.1)

¹¹ Aussagen zum Budget – **orientiert am Informationsbedürfnis der Ausschüsse / des Stadtrates**, z.B. zu freiwilligen Leistungen, Zuschüssen an Gruppierungen etc.

¹² Sind für das Haushaltsjahr **2010** umfassendere Veränderungen bereits absehbar oder konkret geplant ?"

(organisatorische Veränderungen, Wegfall v. Aufgaben, zusätzl. Aufgaben – bitte in Klammer angeben, welchem Produkt die wegfallende/neue Aufgabe zuzuordnen ist).

Wie wirken sich diese geplanten Veränderungen auf die Arbeit des Fachamtes aus ?"

z.B. Qualität der Dienstleistung, Maßnahmen zur Geschäftsprozessoptimierung, Personalausstattung, Personalentwicklung, Belastung/Entlastung des Budgets, Beiträge zur Haushaltskonsolidierung usw.

¹³ In Ergänzung zu den strategischen Zielen der Gesamtstadt.

¹⁴ Soll mit der Liste der „Arbeitsschwerpunkte der Referate“ korrespondieren, diese ersetzen. Bei Bedarf ggf. weitere Zeilen einfügen.

¹⁵ Empfehlung: Hier **max. 3 Ziele aufführen**. Andernfalls wird dies eine immer längere Sammlung aller jemals verfolgten Schwerpunktziele.

	Erträge	Aufwendungen	Budget
Übertrag Finanzvolumen nsk aus 2010	5.357.000	6.269.400	912.400
Entwicklung des HH-Entwurfs 2011 (Kämmereivorgabe):			
Neuregelung zu den Personalkostenbudgets der Schulen (Protokollvermerk aus SchulA/HFPA): KGSt-Gutachten		-60.000	
Budget unter Berücksichtigung KGSt-Vorschläge u. Herausnahme einmaliger bzw. vorgemerakter Maßnahmen	5.357.000	6.209.400	852.400
Sparvorgabe (267.800,-- Erträge/310.500,-- Aufwendungen)	-267.850	310.470	
Budgetvorgabe Kämmereientwurf (Ansätze auf volle 100 EURO abgerundet)	5.624.800	5.898.900	274.100
Veränderungen nach Einigungsgespräch:			
Fachamt: + 12.000,-- Schulgeld Fachschule f. Techniker, Kalkulation Amt 40, minus 12.000,-- weniger Abschlagszahlung bei Ausgleichsbetrag für Fachschule	0		
Fachamt: Schülerbeförderung, Mehrerlöse durch Anpassung nach Tarifierhöhungen,	41.000	44.000	
Fachamt: + 3.400,-- Staatszuschuß Essensgeld: steigende Anmeldezahlen, + 6.800,- - Essenszuschuss Bedürftige	3.400	6.800	
Fachamt: mehr für Schülerbeförderung, Pflichtaufgabe nach SchFG, Ansatz falsch bemessen		75.000	
Fachamt: mehr für Schülerbeförderung (Sport- u. Schwimmunterricht) Pflichtaufgabe nach SchFG		18.000	
Fachamt: mehr für Bäderbenutzung, Pflichtaufgabe nach SchFG		6.300	
Fachamt: Mehrbedarf aus Indexanpassung Erbbauzins Waldorfschule		1.600	
Fachamt: Mehrbedarf aufgrund Gerichtsurteil müssen Masten f. Banner zur Schulwegsicherung überprüft werden		11.600	
Fachamt: mehr für Zuschuss Mittagsbetreuung, Kalkulation aufgrund vorliegender Anmeldezahlen		23.900	
Fachamt: + 34.100,-- für offene Ganztagesbetreuung, + 155.000,-- mehr für gebundene Ganztagesbetreuung		189.100	
Summe zusätzlich zum Budget	44.400	376.300	331.900
Verwaltungsentwurf zum Haushalt 2011 (Basis für Arbeitsprogramm)	5.669.200	6.275.200	606.000
vom Finanzreferat nicht berücksichtigt:			
Rücknahme der Sparvorgabe (267.800,-- Erträge/310.500,-- Aufwendungen)	-267.850	310.470	
- 20.000,-- aus geringeren Einnahmen aus Gastschulbeiträgen wegen Schulgeld für die Technikerschule	-20.000		
Rücknahme KGSt-Vorschlag Nr. 40. K87 "Übertrag des Personalkosten-Überschusses" (StR vom 25.02.10)		60.000	
+ 4.200,-- für Seminarförderung MTG, (staatliche Gymnasien erhalten Seminarförderung vom Staat !)		4.200	
Budget für Amt 40 HH 2011	5.381.350	6.649.870	1.268.520

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:
I/40 MCA T. 2605

Verantwortliche/r:
Frau Mahns

Vorlagennummer:
40/049/2010

**Fachamtsbudget; Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf 2011 lfd. Nr 40.3;
Hier: Stellungnahme zum Zweckverband Schulzentrum Erlangen-Ost**

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Schulausschuss	20.01.2011	öffentlich	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen
Amt 30

I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

II. Sachbericht

Wie aus der Stellungnahme des Rechtsamtes ersichtlich, sollte eine Änderung der Verbandssatzung in die Vollversammlung des Zweckverbandes eingebracht werden mit dem Ziel, die Verteilung der Kosten im Zweckverband neu zu regeln. Da hierfür eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist, über die der Landkreis verfügt, sollte die Regierung von Mittelfranken eingeschaltet werden, falls die Verhandlungen zu keinem konsensfähigen Ergebnis führen.

Es erscheint nicht realistisch, dass diese Verhandlungen mit dem Landkreis und der Regierung bereits 2011 zu einer Reduzierung der Kostenbeteiligung führen werden. Die im Haushaltskript unter 40.3 aufgeführte Reduzierung der Kosten um 180.000 € ist im Haushaltsjahr 2011 nicht zu erzielen. Der Antrag zum Haushalt 2011 ist deshalb abzulehnen.

Die Verhandlungen mit dem Landkreis sind auf jeden Fall aufzunehmen.

Anlagen: Stellungnahme des Rechtsamtes
CSU- Fraktionsantrag Nr. 168/2010 vom 30.11.2010

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
IV. Zum Vorgang



CSU-Stadtratsfraktion Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathaus
91052 Erlangen

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 30.11.2010

Antragsnr.: 168/2010

Verteiler: OBM, BM, Fraktionen

Zust. Referat: I/40/Fr. Mahns

mit Referat:

30. November 2010/AB

Haushalt 2011

Antrag

hier: Zweckverband „Gemeinschaftsanlagen im Kreis- und Stadtschulzentrum Erlangen-Ost“ in Spardorf

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Stadt Erlangen unterhält gemeinsam mit dem Landkreis Erlangen-Höchststadt den Zweckverband „Gemeinschaftsanlagen im Kreis- und Stadtschulzentrum Erlangen-Ost“ in Spardorf. Aufgabe des Zweckverbandes ist die Unterhaltung der gemeinsam vom Emil-von-Behring-Gymnasium (Träger Landkreis) und der Ernst-Penzoldt-Hauptschule (Träger Stadt Erlangen) genutzten Gebäudeteile (Mensa, Küche, Bibliothek, Sport-Schwimmhalle und Freizeitanlagen).

In der Satzung wurde 1973/74 geregelt, dass der nicht gedeckte Finanzbedarf im Verhältnis 60 : 40 (Landkreis : Stadt) entsprechend der Schülerzahlen geteilt wird. Bei einer Überarbeitung der Satzung 1990 wurde der § 15 ersatzlos gestrichen, der eine Änderung des Verhältnisses bei entsprechender Schülerzahländerung vorsah.

Heute - aktuell im Schuljahr 2010/2011 - besuchen das Emil-von-Behring-Gymnasium 1.159 Schüler/ Schülerinnen und die Ernst-Penzoldt-Hauptschule 279 Schüler/ Schülerinnen. Das entspricht einem Verhältnis von 78 % zu 22 %. Von den erforderlichen Zahlungen für das Jahr 2010 entfallen aktuell 588.000 € = 60 % auf den Landkreis Erlangen-Höchststadt und 392.000 € = 40 % auf die Stadt Erlangen.

Daher stellen wir folgenden Antrag:

Änderung des Aufteilungsschlüssels aufgrund der geänderten Schülerzahlen.

Dies könnte für die Stadt Erlangen eine jährliche Einsparung von 180.000 bis 200.000 € ergeben, insbesondere bei einer Prognose von weiter sinkenden Hauptschul-Schüler/ Schülerinnen-Zahlen im Vergleich zu einer steigenden Zahl von Schülern/ Schülerinnen am Gymnasium.

Mit freundlichen Grüßen

Birgitt Aßmus

Birgitt Aßmus
Fraktionsvorsitzende
Sprecherin für Haushalt + Finanzen

Graichen

Heidi Graichen
stv. Fraktionsvorsitzende
Sprecherin für Schulen

Büro: Zimmer 1.04, Rathaus, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen

Stadt- und Kreissparkasse Erlangen Konto-Nr. 19314 BLZ 763 500 00

Die Stadträtinnen und Stadträte der CSU-Stadtratsfraktion Erlangen:
Fraktionsvorsitzende Birgitt Aßmus, Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis, Gisela Baumgärtel, Wolfgang Beck, Sonja Brandenstein-Massanneck, Rosemarie Egelseer-Thurek, Heidi Graichen, Barbara Grille, Manfred Hopfengärtner, Bezirksrat Dr. med. Max Hubmann, Robert Hüttner, Joachim Jarosch, Klaus Könnecke, Gabriele Kopper, Bürgermeister Gerd Lohwasser, Adam Neidhardt, Dr. med. Stefan Rohmer, Dr. jur. Peter Ruthe, Mehmet Sapmaz, Beate Stowasser, Pia Tempel-Meinetsberger, Jörg Volleth

29/61

Zweckverband Gemeinschaftsanlagen im Kreis- und Stadtschulzentrum Erlangen-Ost in Spardorf; Änderung des Verteilungsschlüssels für die Kostenverteilung

- I. Gem. § 15 Abs. 1 Satz 1 der Zweckverbandssatzung wird der durch Einnahmen nicht gedeckte Finanzbedarf des Zweckverbands auf den Landkreis Erlangen-Höchststadt und die Stadt Erlangen im Verhältnis 60:40 umgelegt. Dies entsprach anfangs dem Verhältnis der jeweiligen Schülerklassenzahlen. Eine Anpassungsmöglichkeit an geänderte Schülerklassenzahlen, die die Zweckverbandssatzung zunächst vorgesehen hatte, ist seit einer Satzungsänderung 1990 nicht mehr gegeben.

Tatsächlich haben sich in den vergangenen Jahren die Schülerzahlen verändert. Mittlerweile liegt das Verhältnis der Gymnasialklassen zu den Hauptschulklassen bei etwa 75:25.

Das Rechtsamt wurde gebeten zu prüfen, wie diesen geänderten Verhältnissen durch eine Änderung des in der Zweckverbandssatzung festgelegten Verteilungsmaßstabs Rechnung getragen werden kann.

Nachdem die ursprünglich vorgesehene Anpassungsmöglichkeit gem. § 15 Abs. 1 Satz 2 der Zweckverbandssatzung seit 1990 nicht mehr besteht, existiert gegenwärtig **keine Grundlage** für die Stadt Erlangen, **eine andere Kostenverteilung zu verlangen**.

Auch § 19 Abs. 2 der Zweckverbandssatzung hilft hier nicht unmittelbar weiter. Zwar ist hier vorgesehen, dass bei Streitigkeiten der Mitglieder des Zweckverbandes untereinander die Aufsichtsbehörde zur Schlichtung anzurufen ist. Da aber die Zweckverbandssatzung hinsichtlich der Kostenlastverteilung eine eindeutige Regelung enthält, kann das Ergebnis einer solchen Schlichtung jedenfalls nicht direkt eine andere Kostenlastverteilung zum Inhalt haben (s. aber unten).

Zwar enthält Art. 27 Abs. 1 Satz 2 KAG die Möglichkeit, einen Nachteilsausgleich schriftlich festzulegen, wenn eine Regelung in der Zweckverbandssatzung nicht möglich oder nicht zweckmäßig ist. Jedoch enthält die Zweckverbandssatzung gerade eine entsprechende Festlegung, so dass diese Vorschrift hier nicht angewendet werden kann.

Eine Änderung der Kostenlastverteilung lässt sich damit nur durch eine **Änderung der Zweckverbandssatzung** herbeiführen, welche aber nicht einseitig von der Stadt Erlangen betrieben werden kann.

Einseitig betrieben werden könnte allenfalls eine Kündigung der Mitgliedschaft der Stadt Erlangen im Zweckverband aus wichtigem Grund gem. Art. 44 Abs. 3 KAG, welche aber zusätzlich gem. Art. 48 Abs. 1 Nr. 2 der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde, die Regierung von Mittelfranken, bedürfte.

Gleichwohl kommt eine Kündigung hier nicht in Betracht, weil der Zweckverband in diesem Falle allein durch den Landkreis Erlangen-Höchststadt nicht fortgeführt werden könnte (Art. Abs. 3 Satz 2 KAG), und ohnehin gar nicht im Interesse der Stadt liegt.

Eine Änderung der Verbandssatzung mit dem Ziel, eine den tatsächlichen Verhältnissen der Schülerklassenzahlen angepasste Kostenlastverteilung zu erreichen, bedarf gem. Art. 44 Abs. 1 Satz 2 KAG i.V.m. § 9 Abs. 3 Satz 1 1. Halbsatz der Zweckverbandssatzung der Mehrheit von zwei Dritteln der satzungsmäßigen Stimmenzahl, also der Zustimmung von mindestens sieben Verbandsräten. Die Stadt Erlangen entsendet jedoch nur vier Verbandsräte in die Verbandsversammlung und kann deshalb das Ziel einer Änderung der Kostenlastverteilung durch Änderung der Zweckverbandssatzung nicht ohne Zustimmung von mindestens drei Verbandsräten des Landkreises erreichen.

Sofern der Landkreis nicht bereit ist, eine entsprechende Veränderung der Kostenlastverteilung mit zu tragen, müsste von der Möglichkeit des § 19 Abs. 2 der Zweckverbandssatzung Gebrauch gemacht werden. **Die Regierung könnte dabei angerufen werden**, um eine Schlichtung **bezüglich einer Änderung des § 15 Abs. 1 der Zweckverbandssatzung** herbeizuführen.

Festzuhalten bleibt also, dass die Stadt Erlangen allein keine Möglichkeit hat, eine andere Kostenlastverteilung zu erreichen. Eine solche bedürfte einer Änderung des § 15 Abs. 1 der Zweckverbandssatzung. Diesbezüglich müsste die Stadt mit dem Landkreis in Verhandlungen treten und notfalls die Regierung von Mittelfranken zur Schlichtung anrufen.

II. Amt 40 z.K. und z.W.

I.A.

Groß

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/ZV/112

Verantwortliche/r:
Personal- und Organisationsamt

Vorlagennummer:
112/024/2010

Maßnahmenvorschläge von Rödl + Partner

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	18.01.2011	öffentlich	Gutachten	
Sportausschuss	18.01.2011	öffentlich	Gutachten	
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	19.01.2011	öffentlich	Gutachten	
Schulausschuss	20.01.2011	öffentlich	Gutachten	
Sozial- und Gesundheitsausschuss	25.01.2011	öffentlich	Gutachten	
Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss / Werkausschuss EB77	25.01.2011	öffentlich	Gutachten	
Jugendhilfeausschuss	27.01.2011	öffentlich	Gutachten	
Stadtrat	24.02.2011	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

alle Referate, Ämter 11, 20, 24, 40, 50, 51, 52, EB77, Personalrat

I. Antrag

Die Maßnahmenvorschläge von Rödl & Partner werden anhand der Abstimmungsvorlage begutachtet.

Die Beschlussfassung am 24.02.2011 erfolgt im Rahmen der Verwaltungsvorlage zum Haushalt bzw. Stellenplan 2011 bzw. durch gesonderte Beschlussvorlagen bei Maßnahmenvorschlägen ohne quantifizierte Haushaltsentlastung.

II. Begründung

Haushaltsmittel sind auf HHSt. bzw.im Budget nicht vorhanden!

Anlagen: Abstimmungsvorlage

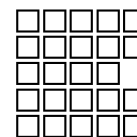
III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang



Stadt Erlangen Postfach 3160 91051 Erlangen

Referat Zentrale Verwaltung

An die

Mitglieder des Stadtrates Erlangen

Referatsleitungen

Amtsleitungen

Gebäude: Rathausplatz 1

Zimmer: 1211

Kontakt: Herr Wein

Telefon: 0 91 31 / 86-1642

Telefax: 0 91 31 / 86-771642

E-Mail: marco.wein@stadt.erlangen.de

Nutzen Sie unsere Angebote im Internet:

<http://www.erlangen.de>

Unser Zeichen / Schreiben:
OBM/ZV/112/CMB

Ihr Schreiben / Zeichen:

Datum:
13. Dezember 2010

Abstimmungsvorlage der Maßnahmenvorschläge von Rödl & Partner

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Anlage überreichen wir im Betreff genannte Vorlage. In dieser Übersicht sind die Vorschläge von Rödl & Partner nach Fachausschüssen sortiert.

Die Eurobeträge in dieser Übersicht sind von dem Gutachten von Rödl & Partner übernommen, bei Umsetzung der Vorschläge können sich evtl. Abweichungen ergeben.

Für die Fachausschussberatungen im Januar bitten wir Sie diese Unterlagen zu verwenden.

Mit freundlichen Grüßen

Ternes

lfd. Nr.	Amt	Bezeichnung der Maßnahme	HH-Position	Erhöhung der Erträge in EUR (kumulativ)				Reduzierung der Personalaufwendungen in EUR (kumulativ)				Reduzierung der sonstigen Aufwendungen in EUR (kumulativ)				Haushaltseinstentung in EUR (kumulativ)				Auswirkung auf Stellenplan 2011	Gutachten Fachaus-schluss	Gutachten HFPA 15./16.02.11	Beschluss Stadtrat				
				2011	2012	2013	nach 2013 ff.	2011	2012	2013	nach 2013 ff.	2011	2012	2013	nach 2013 ff.	2011	2012	2013	nach 2013 ff.								
HFPA																											
1	11	Reorganisation der Abteilungsgliederung	0120 - Personalaufwendungen 0140 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen 0170 - Sonstige ordentliche Aufwendungen																					Anbringung eines kw-Vermerkes in Höhe von 1,0 (1120000)	:		Erfolgt im Rahmen der Verwaltungs-vorlage zum Haushalt bzw. Stellenplan 2011
2	11	Reduktion der Sachbearbeitungsstellen 112	0120 - Personalaufwendungen 0140 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen 0170 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	24.800 €	24.800 €	24.800 €	24.800 €									24.800 €	24.800 €	24.800 €	24.800 €					Anbringung eines Gruppen-kw-Vermerkes im SB-Bereich in Höhe von 0,5	:		
3	11	Kürzung des zentralen Budgets für zBv-Stellen	0120 - Personalaufwendungen													95.100 €	95.100 €	95.100 €	95.100 €						:		
4	11	Reduktion der Ausbildung über Bedarf	0120 - Personalaufwendungen 0140 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen 0170 - Sonstige ordentliche Aufwendungen													70.000 €			210.000 €						:		
5	11	Einsparung von Büroarbeitsplätzen	0140 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen 0170 - Sonstige ordentliche Aufwendungen																80.000 €						:		
6	11	Einführung einer drei-monatigen Wiederbesetzungssperre	0120 - Personalaufwendungen													591.000 €	591.000 €	591.000 €	591.000 €						:		
7	11	Referatsgliederung (Kommisssioner Fraktionsantrag (Nr. 160) von der Günter List zum Stellenplan 2011)	0120 - Personalaufwendungen 0140 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen 0170 - Sonstige ordentliche Aufwendungen													196.000 €			196.000 €						:		
BWA																											
8	24	Personalreduzierung in Poststelle und Hausdruckerei	0120 - Personalaufwendungen													38.400 €	38.400 €	38.400 €	38.400 €						:		Erfolgt im Rahmen der Verwaltungs-vorlage zum Haushalt bzw. Stellenplan 2011
9	24	Privatisierung von Reinigungsleistungen	0120 - Personalaufwendungen 0140 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen																0 €						:		
11	24	Optimierung der Hausmeisterdienste	0120 - Personalaufwendungen 0140 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen																104.000 €	208.000 €	313.000 €	313.000 €			:		
12	24	Flächenoptimierung in Verwaltungsgebäuden	0140 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen 0150 - Planmäßige Abschreibungen 0170 - sonstige ordentliche Aufwendungen																238.000 €						:		
13		Einführung eines Bauinvestitions-controllings	0140 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen 0150 - Planmäßige Abschreibungen 0170 - sonstige ordentliche Aufwendungen																0 €						:		
SportA																											
14	über	Überführung der städtischen Schulsporthallen in einen Betrieb gewerblicher Art	0010 - Steuern und ähnliche Abgaben 0040 - Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	245.000 €	245.000 €	245.000 €	245.000 €									-259.000 €	-139.000 €	-139.000 €	-14.000 €						:		Erfolgt im Rahmen der Verwaltungs-vorlage zum Haushalt bzw. Stellenplan 2011
Schula																											
10	24	Kostenerstattung für die Überlassung von Schulturnplätzen	0060 - Privatrechtliche Leistungsentgelte																-20.000 €						:		Erfolgt im Rahmen der Verwaltungs-vorlage zum Haushalt bzw. Stellenplan 2011
15	40	Anpassung des Personaleinsatzes für Schulsekretariate	0120 - Personalaufwendungen													21.800 €	61.000 €	61.000 €	61.000 €						:		
16	40	Bildung eines Zweckverbandes für MTG und Wirtschaftsschule	0180 - ordentliche Aufwendungen																0 €						:		
17	40	Einrichtung eines Schulgeldes für die städtische Fachschule für Techniker	0040 - Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte													58.100 €	88.200 €	116.200 €	116.200 €						:		
SGA																											
18	50	Optimierung der Ermittlung des angemessenen Mietpreises in der KdU-Richtlinie	0020 - Zuwendungen u. allg. Umlagen 0030 - Ersatz von sozialen Leistungen 0160 - Transferaufwendungen																24.738 €	49.477 €	74.215 €	74.215 €			:		Erfolgt im Rahmen der Verwaltungs-vorlage zum Haushalt bzw.

35/61

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:
PR

Verantwortliche/r:
Personalvertretung

Vorlagennummer:
BM/ZV/010/2010

Stellungnahme der Personalvertretung zu einzelnen Vorschlägen der externen Beraterfirma Rödl + Partner sowie Stellungnahmen der Dienststellenpersonalräte 40M und 40W zu geplanten Stelleneinsparungen

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Schulausschuss	20.01.2011	öffentlich	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen

I. Kenntnisnahme

Die beiliegenden Stellungnahmen der Personalvertretung dienen zur Kenntnis.

II. Sachbericht

siehe Anlage

Anlagen: Stellungnahme der Personalvertretung zu einzelnen Vorschlägen
Stellungnahme des Dienststellenpersonalrates 40 M
Stellungnahme des Dienststellenpersonalrates 40 W

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

Stellungnahme der Personalvertretung zu einzelnen Vorschlägen der externen Beraterfirmen Rödl & Partner

I. Zum Verfahren

Die Berater von Rödl & Partner wurden auch unter dem Gesichtspunkt ausgewählt, dass sie für eine sehr starke Einbeziehung und Zusammenarbeit mit den Fachbereichen stehen inklusive einer Mitarbeiterbeteiligung. Tatsächlich ist festzustellen, dass eine Mitarbeiterbeteiligung mit Ausnahme der Veröffentlichung eines schon in anderen Städten verwendeten OB-Briefes im Mitarbeiterportal nicht stattfand und eine umfassende Einbeziehung und Kommunikation mit den Fachbereichen unterblieb. Teilweise wurden Vorschläge präsentiert, ohne dass die entsprechenden Fachbereiche oder Schulleitungen einbezogen worden sind. Am 15.10.2010 war vorgesehen, dass die Berater im sogenannten Lenkungskreis die Stoßrichtung für die zu machenden Vorschläge präsentieren. Tatsächlich ist festzustellen, dass eine ganze Reihe von Vorschlägen in der Stoßrichtungspräsentation nicht erwähnt worden sind. So war es nicht möglich, zu verhindern dass mancher schon in der Vergangenheit wiederholt geprüfter Vorschlag und als nicht realisierbar verworfen von den Beratern weiter verfolgt worden ist. Ebenfalls ist nicht erkennbar, dass die Berater auf Anregungen und Vorschläge von Seiten der Verwaltung während der Stoßrichtungspräsentation im Weiteren eingegangen sind.

II. Zu einzelnen Vorschlägen

1. Kürzung des zentralen Budgets für ZBV/Stellen

Das von den Beratern aufgezeigte Einsparvolumen von 95.100 Euro im Jahr zeigt, dass die Berater das System der Erlanger Budgetierung nicht verstanden haben. Alle ZBV/Stellen sind zwar nach der Personalkostenbudgetierung ausfinanziert, wenn sie aber nicht besetzt sind, entsteht nach Ende des Haushaltsjahres ein Haushaltsüberschuss.

2. Reduktion der Ausbildung über Bedarf

Die Berater sehen Ausbildung (über Bedarf) lediglich als soziale Maßnahme. Sie verkennen, dass Auszubildende auch je nach Ausbildungsstand produktive Arbeiten verrichten, die teilweise die Kosten für die Ausbildung übersteigen. Weiterhin wird verkannt, dass Ausbildung auch durchaus positive Elemente für die Ausbilder hat (intensivere Beschäftigung mit Arbeitsinhalten etc.).

3. Einführung einer 3-monatigen Wiederbesetzungssperre

Die Personalvertretung schließt sich voll inhaltlich der schlüssigen Begründung gegen die Einführung einer Wiederbesetzungssperre von Ref. OBM/ZV an. Ergänzend ist zu erwähnen, dass eine allgemeine Wiederbesetzungssperre in der Industrie und Wirtschaft auch in Krisensituationen kaum praktiziert wird. Eine allgemeine Wiederbesetzungssperre ist nämlich eine Konsolidierung per Zufall. Betroffen sind auch Stellen, die unter Umständen Mehreinnahmen erbringen oder sich zumindest mittelbar mehr als rechnen. Generell gilt bei einer allgemeinen Wiederbesetzungssperre, dass die Aufgabenerledigung deutlich schlechter wird und es zu Verschiebungsprozessen kommt, die zu Mehraufwendungen an anderer Stelle, in anderen Bereichen führen. Im Kern erledigen die Fachbereiche nur noch die Tätigkeiten im ureigensten Bereich Tätigkeiten, die für andere Bereiche der Stadtverwaltung wichtig sind werden dann eher nicht mehr so wahrgenommen wie bisher. Zusätzlich ist zu erwähnen, dass der Vorschlag zu einer Verschlechterung des Bürgerservice führt und zu einer Benachteiligung von Frauen führen kann (bei Stellenbesetzungen kommen eher Männer als junge Frauen, die u.U. schwanger werden können, zum Zuge).

4. Privatisierung von Reinigungsleistungen

Es ist enttäuschend, dass an dieser Stelle die externen Berater nur die Meinung von Amt 24 ungeprüft wiedergeben. Es ist schade, dass die externen Berater ihren überkommunalen Einblick und Sachverstand an dieser Stelle nicht eingebracht haben. In der von Rödl & Partner ebenfalls beratenen Stadtverwaltung Fürth kommt es nämlich seit einigen Jahren Zug um Zug zur Rekommunali-

sierung früher privatisierter Reinigungsflächen. Es wäre interessant gewesen, wenn der externe Berater in diesem Fall die entsprechenden Berechnungen zur Verfügung gestellt hätte.

5. Optimierung der Hausmeisterdienste

Im Gutachten von Rödl & Partner wird deutlich, dass alle Hausmeister derzeit voll ausgelastet sind. Eine Optimierung ist nach Auffassung von Rödl & Partner nur möglich, wenn die Hausverwalter künftig nur noch Aufgaben für das Gebäudemanagement wahrnehmen. Derzeit nehmen Hausverwalter auch Aufgaben für die gebäudenutzende Dienststelle wahr. Alle Versuche in der Vergangenheit, dies zu ändern, sind an den Widerständen der jeweiligen Dienststellen bzw. Schulleitungen eindrucksvoll gescheitert. Aus Sicht der Personalvertretung sind Optimierungen daher erst dann möglich, wenn Aufgabenveränderungen nicht nur in einem Gutachten empfohlen, sondern auch tatsächlich beschlossen und umgesetzt werden.

6. Flächenoptimierung in Verwaltungsgebäuden

Nachdem in der Vergangenheit die Dienststellen der Stadtverwaltung nicht selbst entscheiden konnten, in welchen Räumen, unter welcher Ausstattung und welcher Größe sie arbeiten können bzw. müssen, ist die vorgeschlagene Einführung einer Bonus-Malus-Regelung Unsinn. Statt neue unsinnige, bürokratische und arbeitsintensive, fiktive Spielregeln einzuführen, sollte sich Amt 24 besser auf seine Kernaufgaben konzentrieren.

7. Anpassung des Personaleinsatzes für Schulsekretariate

Der Personaleinsatz in den Schulsekretariaten entspricht den entsprechenden bayerischen Vorgaben und Regelungen. Eine Organisationsuntersuchung vor einigen Monaten hat ergeben, dass eigentlich die Schulleitungen von Verwaltungstätigkeiten noch stärker entlastet werden sollten und deshalb im Bereich Sekretariat/Verwaltungsleitung eine personelle Verstärkung sinnvoll und notwendig ist. Die Begründung von Rödl & Partner, dass in anderen Bundesländern die Schulsekretariate personell schlechter besetzt sind, kann nicht überzeugen, wenn nicht im gleichen Zusammenhang die zu erledigenden Aufgaben aufgezeigt und verglichen werden. Auch wenn man froh sein kann, dass Rödl & Partner ein Bundesland in Deutschland und nicht Kongo als Vergleichsmaßstab herangezogen hat, ist doch so eine Vorgehensweise nicht seriös. Wird der Vorschlag umgesetzt, wären die städtischen Schulsekretariate damit deutlich schlechter personell besetzt als bei den staatlichen Schulen in Erlangen. Zu diesem Vorschlag weisen wir ergänzend auf die beigefügten Stellungnahmen der örtlichen Personalvertretungen der städtischen Schulen hin.

8. Anpassung des Anstellungsschlüssels des pädagogischen Personals im Bereich Tageseinrichtungen für Kinder

Der Anstellungsschlüssel in den städtischen Kindereinrichtungen entspricht den Empfehlungen der bayerischen Staatsregierung und ist im bayernweiten Rahmen. Wenn jetzt eine deutliche Verschlechterung dieses Anstellungsschlüssels vorgeschlagen wird, erscheint dies im deutlichen Widerspruch zu dem parallel vorgelegten Vorschlägen, in diesem Bereich über mehr Investitionen bei der Prävention Einsparungen zu erzielen. Eine deutlich schlechtere Betreuung in den städtischen Kindereinrichtungen führt dazu, dass die Einrichtungen ihre Bildungsfunktionen schlechter wahrnehmen können mit der Folge Mehrausgaben in den Folgejahren. Ein weiteres Argument, was gegen die Verwirklichung dieses Vorschlages spricht, ist die zunehmende Schwierigkeit, qualifiziertes Personal zu finden. Hat die Stadt Erlangen bayernweit die schlechtesten Arbeitsbedingungen, ist mehr als logisch, dass Erzieherinnen und Kinderpflegerinnen eher zu anderen Arbeitgebern gehen, bei denen die Arbeitsbedingungen deutlich besser sind. Es dürfte kaum vermittelbar sein, wenn der Vorschlag von Rödl & Partner, die Elternbeiträge zu erhöhen umgesetzt wird und parallel dazu, das personelle Betreuungsangebot in den Einrichtungen massiv verschlechtert wird. Ergänzend ist noch anzuführen, wenn der Anstellungsschlüssel so verändert wird ist Folge, dass das Personal ständig und tageweise von einer Einrichtung in die andere umgesetzt werden muss.

9. Neuausrichtung der Spielflächenplanung und Spielflächenstruktur

Die Umsetzung dieses Vorschlages dürfte ein kostenintensives Beschäftigungspaket für Stadtverwaltung und Stadtrat sein. Unter dem Strich verbleibt ein Förderprogramm, Ausbau und Erweiterung des bürgerschaftlichen Engagements in Stadtteilinitiativen. Der aufgezeigte Einspareffekt dürfte nicht realisierbar sein.

10. Erhöhung des Vergabeanteils in Grünunterhalten

Die Annahme von Rödl & Partner, dass die Privatbetriebe im Garten- und Landschaftsbau ihre Beschäftigten lediglich im Rahmen von Entgeltgruppe 1 TVöD entlohnen (das sind brutto 1.432,98 Euro - brutto 1.598,15) und deshalb eine Vergabe zu Kosteneinsparungen führt, ist falsch. Die Tariflöhne im Garten- und Landwirtschaftsbau entsprechen durchaus den Tariflöhnen im öffentlichen Dienst. Auch in Privatbetrieben werden Facharbeiter beschäftigt und entsprechend bezahlt. Die Aussage, dass über eine Erhöhung der Vergabequote Einsparungen zu erzielen sind, ist deshalb falsch. Städte wie Nürnberg fahren zum Beispiel auch aus Kostengründen die Vergabequote zurück. Die Vergleichsberechnungen vom EB 77 beweisen, dass der städtische Grünunterhalt wirtschaftlich und kostengünstig arbeitet. Eine Ausweitung der Vergabequote sollte deshalb unterbleiben. Im übrigen sollte berücksichtigt werden, dass bei einer Umsetzung des Vorschlages auf Jahrzehnte hinaus in diesem Bereich keine Neueinstellungen mehr vorgenommen werden könnten, was zu einer völligen Überalterung dieser Arbeitsgruppe führen würde. Eine Ausweitung der Vergabequote sollte deshalb, um Mehrausgaben zu vermeiden, unterbleiben.

- III. Referat OBM/ZV in Schriftform und per Mail mit der Bitte, die Stellungnahme in den jeweiligen Sitzungsunterlagen aufzunehmen, wenn im Januar und Februar 2011 in den Stadtratsgremien über die Vorschläge von Rödl & Partner beraten wird.
- IV. <In Kopie OBM Dr. Balleis> zur Kenntnis.
- V. <In Kopie zum Vorgang>

Stammpersonalrat:
gez. Roland Hornauer

Anlagen:

- Stellungnahme des Personalrats der Städtischen Wirtschaftsschule im Röthelheimpark zur geplanten Einsparung einer halben Stelle im hiesigen Sekretariat
- Stellungnahme des Dienststellenpersonalrats des Marie-Therese-Gymnasiums zur geplanten Einsparung einer halben Stelle im Verwaltungsbereich

An den
Gesamtpersonalrat der Stadt Erlangen
z. Hd. Herrn Roland Hornauer

Erlangen, 6.12.2010

Stellungnahme des Dienststellenpersonalrats des Marie-Therese-Gymnasiums zur geplanten Einsparung einer halben Stelle im Verwaltungsbereich

Sehr geehrte Damen und Herren,

der DPR des MTG Erlangen lehnt den Einsparvorschlag einer halben Stelle im Verwaltungsbereich des MTG entschieden ab (Gutachten der Firma Rödl&Partner bzgl. der Einsparmöglichkeiten für den Haushalt der Stadt Erlangen).

Wir halten die Stellenstreichung für unseriös, da offensichtlich keine Arbeitsplatzbeschreibungen verglichen wurden, sondern verallgemeinerte „Kennzahlen“ zugrunde gelegt wurden. Die Vergleichbarkeit solcher Zahlen ist anzuzweifeln.

In einem umfangreichen Untersuchungs- und Beurteilungsverfahren durch Herrn Wein (Personal- und Organisationsamt) im Jahre 2008 wurde festgestellt, dass zuzüglich zu den Sekretariatskräften eine volle Stelle einer Verwaltungsfachkraft nötig sei, um die Geschäftsprozesse der Schulverwaltung am MTG zu optimieren. Eine solche Stelle wurde von Seiten der Stadtspitze nach dem Dienstende der langjährigen Schulsekretärin Frau Schuck in Aussicht gestellt. Diesen Ergebnissen widerspricht eine Stellenstreichung.

Weitere Gründe gegen die Einsparmaßnahme sind:

- Zunahme der Verwaltungsaufgaben im Sekretariat z.B. durch Budgetautonomie in den Haushalten, G8 Neuerungen, online-Erhebungen, Verwaltung der vielen Aushilfskräfte
- Abwicklung des täglichen Publikumverkehrs an der Schule mit über 1000 Schülern mit der Notwendigkeit der internen Vertretungsmöglichkeit bei Krankheitsfällen
- Erneuerungen der elektronischen Datenverwaltung, z.B. Digitalisierung von Schülerbögen, Einführung eines Notenprogramms, Aufbau einer Schülerdatenbank
- Die Verwaltung der gymnasialen Oberstufe (im Schuljahr 2010/11 durch den doppelten Abiturjahrgang besonders belastend)
- Die Verwaltung und Betreuung der Schülerbibliothek
- Weiterführung der getrennten Sekretariate (Lehrer- und Schülerangelegenheiten), die für mehr Ruhe und Übersicht gesorgt haben

Abschließend wollen wir bemerken, dass die Verwaltungskräfte im Sekretariat bereits jetzt häufig am Rande der Belastbarkeit arbeiten. Eine Stellenstreichung würde mit Sicherheit die Qualität der bisher sehr guten Arbeit senken und enorme zeitliche Verzögerungen mit sich führen.

Mit freundlichen Grüßen

Karl Heinz Weyh
(Personalratsvorsitzender)

Kopie an:
Schulleitung 40M

An den
Gesamtpersonalrat der Stadt Erlangen
z. Hd. Herrn Roland Hornauer

Erlangen, 6.12.2010

**Stellungnahme des Personalrats der Städtischen Wirtschaftsschule im
Röthelheimpark
zur geplanten Einsparung einer halben Stelle im hiesigen Sekretariat**

Sehr geehrte Damen und Herren,

aufgrund des vorliegenden Gutachtens der Firma Rödl & Partner bezüglich der Einsparmöglichkeiten für den Haushalt der Stadt Erlangen möchten wir mit diesem Schreiben Stellung zur geplanten Streichung einer halben Stelle in unserem Schulsekretariat nehmen.

Wir argumentieren aus folgenden Gründen entschieden gegen diese Einsparmaßnahme:

1. Stetige Zunahme von Verwaltungstätigkeiten im Sekretariat
2. Große Arbeitsbelastung durch das Anfertigen der jährlichen Statistik
3. Häufige Unterbrechungen der Tätigkeiten wegen regen Publikumsverkehrs (Schüler, Lehrer, Eltern)
4. Außergewöhnliche Belastungen durch Vorbereitung von Konferenzen
5. Mehrarbeit durch im Hause stattfindende schulexterne Tagungen und Fortbildungen
6. Mehrarbeit während der Anmeldefristen für das nächste Schuljahr

Besonders hinweisen möchten wir in diesem Zusammenhang auch auf die ausführliche Stellenbeschreibung durch Herrn Wein (Personal- und Organisationsamt) aus dem Jahr 2009. Diese Beschreibung zeigt sehr deutlich, dass im Sekretariat mindestens zwei Vollzeitkräfte beschäftigt sein müssen.

Außerdem wurden aufgrund des häufigen Personalwechsels im Sekretariat 40W die Belastungen für die langjährige Vollzeitskraft, Frau Wallinger, enorm erhöht. Gleiches gilt dadurch auch für das Kollegium und die Schulleitung.

Die von Rödl & Partner vorgeschlagene Reduzierung der Stellen ist aus den genannten Gründen unter keinen Umständen hinnehmbar.

Der örtliche Personalrat steht gerne für ein persönliches Gespräch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

(Personalratsvorsitzende)

Kopie an:

Schulverwaltungsamt
Personalamt
Schulleitung 40W

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:
I/40-1/BBB T.2542

Verantwortliche/r:
Mahns, Carmen

Vorlagennummer:
40/048/2010

Stellungnahmen des Fachamtes und der Schulleitungen zum Maßnahmenvorschlag von Rödl + Partner Nr. 15 "Schulsekretariate"

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Schulausschuss	20.01.2011	öffentlich	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen

I. Kenntnisnahme

Die Stellungnahme des Schulverwaltungsamtes im nachfolgenden Sachbericht sowie die beiliegenden Stellungnahmen der Schulleitungen dienen den Mitgliedern des Schulausschusses zur Kenntnis.

II. Sachbericht

Der Personalbedarf der Schulsekretariate der städtischen Wirtschaftsschule und des Marie-Therese-Gymnasiums ist in den letzten beiden Jahren von der Organisation überprüft worden. Aufgrund der Tätigkeitsbeschreibungen wurde seitens Abt. 112 für beide Schulen festgestellt, dass weiterer Personalbedarf besteht.

Rödl & Partner vergleicht dahingehend die geltenden staatlichen Richtlinien des Freistaates Bayern mit Regelungen anderer Bundesländer und berücksichtigt zusätzlich Erfahrungswerte anderer bayerischer Kommunen. Dabei kommt Rödl & Partner zu dem Schluss, dass bei allen drei städtischen Schulen personelle Überbesetzungen mit 0,5 bzw. 0,4 VZÄ bestehen.

Die Argumentation, dass die bayerischen staatlichen Richtlinien nicht mehr dem heutigen Standard entsprechen, mag richtig sein. Die Folgerung aber, dass durch den technischen Wandel die Arbeit effizienter geworden ist und damit schneller erledigt werden kann entspricht so nicht dem Arbeitsalltag in den Schulsekretariaten. Wie den Ausführungen der Schulleitungen zu entnehmen ist, sind die Herausforderungen in anderer Hinsicht gestiegen und haben sich verändert. Schule findet auch am Nachmittag statt, mit der Einführung des achtjährigen Gymnasiums und mit dem Ausbau der Ganztagsangebote in den Schulen. Schulen führen eigene Beschaffungen durch. Verhaltensauffälligkeiten und Gewalt bestimmen den Schulalltag mit. Dies alles fordert das Personal in den Schulsekretariaten, das erste Anlaufstation für Eltern, Lehrer und Schüler ist.

Hinzu kommt, dass die Erfahrungswerte von Rödl & Partner von 0,152 VZÄ für das MTG und 0,172 VZÄ für die beiden beruflichen Schulen umso weniger nachvollziehbar sind, als die staatliche Richtlinie den Personalbedarf für die Gymnasien höher ansetzt als bei den beruflichen Schulen. Bei einer Schülerzahl von 901 bis 1100 sind für das Gymnasium 3 Vollzeitstellen vorgesehen. Im Vergleich dazu umfasst die Spanne bei den beruflichen Schulen 1601 bis 2200 Schüler. Bei 901 Schülern im Gymnasium würde beispielsweise dies einem VZÄ von 0,333 entsprechen, während dies bei beruflichen Schulen einem VZÄ von 0,222 entspricht. Die Gewichtung des Personaleinsatzes ist damit bei den Gymnasien höher anzusetzen als bei den beruflichen Schulen. Bei Rödl & Partner wird genau entgegengesetzt argumentiert.

Die Regierung von Mittelfranken hat mitgeteilt, dass sie nach wie vor die staatlichen Richtlinien zur Personalausstattung anwendet. Es gibt keine aktuellere Fassung. Eine weitere Nachfrage beim Bayerischen kommunalen Prüfungsverband ergab, dass auch hier bei den Prüfungen die staatlichen Richtlinien herangezogen werden.

Klarheit über die personelle Ausstattung der Schulsekretariate kann letztlich nur durch eine intensive Organisationsprüfung hergestellt werden, da offensichtlich in Bayern andere Vorgaben über die Stellenbesetzungen in den Schulen herrschen, als in anderen Bundesländern.

Anlagen: Stellungnahme der Schulleitung 40 W
 Stellungnahme der Schulleitung 40 T
 Stellungnahme der Schulleitung MTG

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
IV. Zum Vorgang

Schulverwaltung ohne Schulsekretärinnen - geht das?

Stellungnahme der Schulleitung der Städtischen Wirtschaftsschule im Röthelheimpark zur geplanten Stellenkürzung im Sekretariat

Seit der ersten PISA-Studie im Jahr 2000 und dem dabei relativ schlechtem Abschneiden deutscher Schüler ist die Bildungspolitik in der Öffentlichkeit noch stärker in den Fokus gerückt. Gemeinsame Bildungsstandards für alle Bundesländer wurden geschaffen, die Lehrer- und Schülersituation aus allen Blickrichtungen beleuchtet, Qualifizierungskonzepte wurden erarbeitet, Schulentwicklung wird vorangetrieben, externe und interne Evaluation wurde eingeführt, unzählige Maßnahmen zur Verbesserung der Lernsituation in den Schulen wurden geschaffen bzw. ausgebaut, z.B. kleinere Klassen (??), Ganztagesangebote für Schüler, Vermeidung von Unterrichtsausfällen usw. Doch kaum jemand spricht davon, dass damit auch die Anforderungen und die Aufgaben im Schulsekretariat und auch in der Schulleitung gewachsen sind, sich gewaltig verändert haben. Niemand spricht von den Schulsekretärinnen, die eine zentrale Rolle in der Schaltzentrale einer Schule spielen.

Doch stellen Sie sich vor, Sie rufen in der Schule Ihres Kindes an und keiner geht ans Telefon, niemand hat ein Ohr für Sie - die Schulsekretärin fehlt.

Hin und wieder wird die Arbeit der Schulsekretärin gewürdigt, aber nur Wenigen ist bewusst, wie wichtig eine fachlich kompetente Verwaltungskraft im Schulsekretariat ist. Sie ist erste Kontaktperson für alle Ansprechpartner der Schule und trägt mit der Erfüllung ihrer Aufgaben erheblich dazu bei, das Bild der Schule nach außen positiv zu prägen. Sie unterstützt die Schulleitung und die Lehrkräfte bei der Erfüllung ihrer Aufgaben, sie ist eingebunden in den Ablauf der Schulverwaltung (Haushalt, Personalwesen, etc.), wirkt mit bei der Beratung der Eltern (z.B. zu Themen wie Aufnahme, Prüfungen, Übertritte, Ganztagsbetreuung, Schulpflicht, usw.) und bei der Betreuung der Schüler. Schulsekretärin ist kein Ausbildungsberuf. Sie müssen sich zum großen Teil selbst in das breit gefächerte Aufgabengebiet der Schulsekretärin einarbeiten. Die Aufgaben in einem Schulsekretariat sind nicht vergleichbar mit der Tätigkeit einer Angestellten in einer Verwaltung bzw. mit der einer Sachbearbeiterin. Wer weiß wirklich, welche Anforderungen an sie gestellt werden?

Hier ist die Schulleitung gefordert, laufend Einführungen bzw. Fortbildungen zu übernehmen. Dies ist zwar nicht vorgesehen, aber unabdingbar. Dies bedeutet aber auch, dass sich die Schulleitung vorab in Eigenverantwortung und in Verantwortung für die Schule fortbildet und Inhalte, Erfahrungen und Erkenntnisse an die Sekretärinnen weitergibt. Hier wird entweder keine oder nur in einzelnen Bereichen fachspezifische Fortbildung angeboten. Jedes Jahr sind „Updates“ zu implementieren.

Von 2004 bis 2007 haben wir mit großem Erfolg Schulentwicklung intensiv betrieben. Das Ergebnis „KOLLUX“ wurde in einer Broschüre veröffentlicht. Heute fehlt die Zeit für eine Fortführung der Schulentwicklung. Die Anforderungen und Aufgaben haben sich geändert und erweitert. Jeder Schultag bringt neue Überraschungen bzw. neue Probleme. Verhaltensauffälligkeiten bis hin zu Gewalt in der Schule bestimmen unseren Alltag. Eine Sofortlösung ist unabdingbar. Wir übernehmen inzwischen einen Großteil der Erziehung der Jugendlichen.

Um das **Berufsbild der Schulsekretärin** in das Bewusstsein zu rücken und in der Überzeugung, dass sie zur Schulfamilie gehört und dass es ohne sie - als Teil der Schulverwaltung - nicht geht, haben wir folgende Tätigkeitsschwerpunkte zusammengestellt.

Die Schulsekretärin ist erste Anlaufstelle und Ansprechpartnerin für Schüler, Lehrer, Eltern, Schulleitung, Hausmeister, Unternehmen, Regierung, Kultusministerium usw. und muss sich damit auf die unterschiedlichsten Gesprächspartner einstellen und entsprechend agieren. Sie ist somit auch ein „Aushängeschild“ für die Schule nach außen. Die Arbeitszeit ist immer zu knapp bemessen. Ständige Störungen sind heute als normal zu betrachten.

Es gibt wohl kaum noch eine Schule, die keine eigene Homepage hat. Der Schriftverkehr wird größtenteils elektronisch abgewickelt. Eine Schulsekretärin ohne gründliche und vielseitige PC-Kenntnisse wäre heute nicht mehr denkbar. Schulsekretärin bedeutet auch für andere da zu sein. Denn die Sorgen und Nöte aller am Schulleben Beteiligten werden meistens zuerst im Sekretariat vorgetragen und dort auch oft gelöst. Das Schulsekretariat ist immer die erste Anlaufstelle bei jeglicher Art von Schüler-/Eltern- und Lehrerunmut. Ärger, dessen Ursachen meist ganz woanders entstanden sind. Gerade solche Situationen erfordern viel Einfühlungsvermögen.

Die Vielfalt der Aufgaben im Schulsekretariat setzt Fachkompetenz voraus. Die Schulsekretärin muss ihre Arbeitsplanung ständig den wechselnden Ansprüchen anpassen und sehr flexibel reagieren, besonders wenn die Schulleitung (z.B. wegen Unterrichtsverpflichtung) nicht anwesend ist. Der Schulbetrieb dauert in seiner Kernzeit von 7.30 Uhr bis ca. 15.30 Uhr. Durch den Ausbau der Ganztagsbetreuung gewinnt der Nachmittagsunterricht noch an Bedeutung.

Das Sekretariat muss vor, während und nach Unterrichtsbeginn geöffnet sein. Das bedeutet auch Partei- verkehr von der ersten bis zu letzten Minute. Kenntnisse im Haushalts- und Kassenwesen gehören ebenso zu den Aufgaben einer Schulsekretärin. Sie ist im Rahmen der ihr von der Schulleitung zugewiesenen Kompetenzen u.a. zuständig für die richtige Verteilung der Haushaltsmittel, führt Beschaffungen durch, überwacht die Ausgaben und rechnet ab.

Das Sekretariat ist die Informationszentrale einer Schule. Die Schulsekretärin erteilt Auskünfte zu schulrechtlichen Fragen und gibt Informationen über die eigene Schule. Ein "guter Draht" zu den Kindern und Jugendlichen ist unabdingbar, denn oft genug fungiert die Schulsekretärin auch als „Kummerkasten“ und "Seelentrösterin". Die Kommunikation mit den verschiedensten Personenkreisen nimmt einen breiten Raum im Tagesablauf ein. Umfassende Unterstützung bei Konflikten, Problemen und in Krisensituationen werden von der Schulsekretärin erwartet. Lärm ist ständiger Begleiter. Viele Aufgaben können von der Schulleitung auf die Schulsekretärin nicht mehr übertragen werden, da einfach die Zeit fehlt, diese Arbeiten noch auszuführen. Gesellschaftliche Veränderungen haben auch Auswirkungen auf die Schule. Das Schulleben ist ständigen Änderungen und Neuerungen unterworfen. Gesetze, Verordnungen und Vorschriften werden den neuen Gegebenheiten angepasst. D.h. Schulsekretärinnen müssen – trotz zu weniger Fortbildungsmöglichkeiten - immer auf dem neuesten Stand und Neuerungen gegenüber stets aufgeschlossen sein.

Die Koordinierung der vielfältigen Aufgaben im Schulsekretariat und die Einhaltung aller lang- und kurzfristigen Termine innerhalb eines Schuljahres erfordert großes organisatorisches Geschick und setzt denkendes Planen voraus.

Zu den Aufgaben einer Schulsekretärin gehört auch die Bewältigung des Posteingangs in Papier- und elektronischer Form, die entsprechend verteilt, weitergeleitet und zum großen Teil auch gleich beantwortet werden muss. Dies nimmt täglich viel Zeit in Anspruch.

Das Fachwissen muss hauptsächlich vor Ort in Eigeninitiative erworben werden.

Es gibt wohl kaum einen Arbeitsbereich in der Verwaltung, der ein so hohes Maß an sozialer Kompetenz verlangt. Eine Schulsekretärin hat mit Personenkreisen aus allen sozialen Schichten zu tun. Sie muss sich auf alle Personen und die jeweilige Situation einstellen und in kürzester Zeit die richtige Entscheidung treffen, was im Einzelfall zu tun ist

Das Telefon in einem Schulsekretariat steht niemals still und bestimmt einen großen Teil des Tagesablaufs. Die Schüler werden morgens entschuldigt, Eltern bzw. Betriebe erwarten telefonische Auskünfte, Telefonate für die Schulleitung und für Lehrkräfte gehen ein, Telefonverbindungen müssen hergestellt werden usw.

Wir rufen jeden Tag bei Eltern an, wenn Kinder nicht zum Unterricht kommen.

Viele Situationen erfordern eine schnelle Entscheidung. So braucht die Schulsekretärin oft ein gewisses Maß an Entscheidungsfreude. Natürlich geht das nicht ohne das nötige Verantwortungsbewusstsein und vor allem nicht ohne die Absprache mit der Schulleitung. Trotz hohem Druck, ständigen Störungen und zunehmendem Stress macht die Arbeit Spaß, was natürlich auch an der Wertschätzung liegt, die doch viele Schulsekretärinnen erfahren dürfen. Viele Schulleitungen, aber auch Lehrer, Eltern und Schüler wissen, was sie an „ihrer“ Sekretärin haben und bringen dies auch zum Ausdruck.

Unterbrechungen bei der Arbeit stellen eine große psychische Belastung dar. Ohne exakte Planung und Organisation ist die vielschichtige Arbeit in einem Schulsekretariat nicht zu bewältigen. Es muss Zeit für die „normalen“ Unterbrechungen (Parteiverkehr, Telefon, Schulleitung etc.) eingeplant werden, Terminkalender sind zu führen, jährlich wiederkehrende Aufgaben sind zu organisieren und ein Zeitpuffer für Unvorhersehbares muss eingebaut werden! Hinzu kommt, dass die meisten Schulsekretariate unterbesetzt sind und der Stellenschlüssel veraltet ist. Ein gutes Zeitmanagement ist unabdingbar, an dessen Verbesserung wir täglich arbeiten.

Die Schulleitung der Wirtschaftsschule im Röthelheimpark kann eine Stellenkürzung im Sekretariat unter den geschilderten Sachzwängen nicht akzeptieren.

Schwerpunkte des Schulalltags bzw. des Schuljahres sollen deutlich machen, wie vielfältig Schule ist. Noch vor zwei Jahren wurde aufgrund von Überprüfungen der anfallenden Tätigkeiten vor Ort durch Herrn Wein festgestellt, dass mindestens eine halbe Stelle zusätzlich notwendig sei, um das Tagesgeschäft zu bewältigen. Jetzt soll plötzlich von zwei Stellen eine halbe Stelle gestrichen werden.

In allen Überlegungen und Diskussionen wird der Mensch außer Acht gelassen. Schulalltag bedeutet für alle Beteiligten Stress, insbesondere für die Sekretärinnen. Sie haben keine Möglichkeit sich für kurze Zeit zurückzuziehen. Ein Abschalten am Abend ist nicht immer möglich. Nur die Ferienzeit ist Urlaubszeit.

In den Ferien müssen jedoch wieder Großereignisse vorbereitet werden, damit Schule reibungslos läuft.

Eine Reduzierung des Personals hätte zur Folge, dass wir auf viele Aktivitäten, die gerade die Wirtschaftsschule Erlangen als Schultyp auszeichnen, verzichten müssen.

Außerdem müsste das Sekretariat an manchen Tagen stundenweise für den Publikumsverkehr geschlossen werden.

Hier einige Beispiele schulischer Aktivitäten, z.T. außerhalb des Unterrichts, aber unverzichtbar:

In allen Bereichen wirken die Schulsekretärinnen mit.

- Statistik und Unterrichtsplanung
- Jedes Schuljahr 300 Anmeldungen incl. Verwaltungsarbeiten
- Jedes Schuljahr ca. 160 Absolventen
- Eintritte und Austritte während des Schuljahres
- Schulexterne Lehrerfortbildungen und Tagungen organisieren
- Elternabende und Informationsabende
- Informationsabende (ca. 30) außer Haus incl. Vorbereitung
- Eltern- und Schülergespräche
- Skifreizeiten und Schulfahrten
- Kennenlertage für neue Klassen
- Jugendbildungsstätte Waldmünchen
- Tag der offenen Schultüre
- Vorbereitung von Projektunterricht (Pflicht)
- Schüleraustausch mit Strakonice, Parisfahrten, Englandaufenthalt
- Klassenfotos, Schülerausweise
- Anrufe bei Eltern fehlender Schüler (Verpflichtung)
- Notfälle (jeden Tag)
- Schwierige Schüler, schwierige Eltern
- Probeunterricht
- Abschlussprüfung
- PISA und VERA incl. Logistik und Durchführung
- Flut von Mails incl. Beantwortung bzw. Weiterleitung
Die Schule als letzte Instanz muss alle Publikationen sichten, bewerten, vernichten oder ausdrucken und weiterleiten mit Rücklauf und Weiterverarbeitung. Der Zeitaufwand ist immens.
- Zusammenarbeit mit
Personalamt, Schulverwaltungsamt, Kommunalbit, Schulen, Regierung, Kultusministerium und Unternehmen

Erlangen, 18.12.2010



Weidinger
Schulleiter



Zu folgenden Aussagen des Gutachtens von Rödl Partner bzgl. des Haushaltskonsolidierungsvorschlages Nr.15 nimmt das MTG - wie folgt - Stellung

„Der Personaleinsatz in den Schulsekretariaten entspricht den Richtwerten des Landes Bayern für die Personalausstattung von Schulsekretariaten...“

Diese Aussage ist falsch

Das MTG liegt 0,5 Verwaltungskräfte **unter** dem Richtwert - aus diesem Grund kann auch die durch das KM verpflichtende Bibliotheksverwaltung nicht stattfinden; die WIR liegt 0,5 Verwaltungskräfte **über** dem Richtwert. In dem pro Schüler berechneten Personaleinsatz ist sogar noch eine größere Differenz feststellbar. Legt man die nach Auslauf des G9 sinkende Schülerzahl eines Jahrgangs zugrunde, liegt das MTG **auch dann noch** mit 0,5 Verwaltungskräften **unter dem Richtwert**.

„Die Richtwerte liegen ...über der Personalausstattung.. in anderen Bundesländern. Ein Grund dafür ist, dass sie aus einer Festlegung von vor 20 Jahren stammen...“

Diese zweite Aussage ist bezogen auf das MTG falsch

Der Beleg in Fußnote 81 ist nur für berufliche Schulen (also 40W und 40T) gültig. Im Übrigen gibt es jüngere Empfehlungen des KM in Zusammenarbeit mit der AVBS¹ (von 2007). Am MTG hat 2008 eine gründliche und differenzierende Organisationsprüfung die Notwendigkeit einer zusätzlichen vollen Stelle ergeben.

Die erste Aussage ist dem föderalen Bildungssystem geschuldet ; ein Vergleich ist aus diesem Grund ohnehin fragwürdig.

„bei der die durch die technischen Entwicklungen, insbesondere auf dem Gebiet der EDV möglichen Effizienzgewinne noch nicht einbezogen wurden.“

Diese Aussage stimmt nur teilweise und ist undifferenziert

Die EDV-Entwicklung hat sogar zu einer Arbeitsverdichtung beigetragen und verlangt den Schulsekretariaten immer Komplizierteres ab, z. B. Bundesweite/Bayernweite Testverfahren – und Vergleiche bzgl. der Bildungsstandards; Erstellung immer differenzierterer Statistiken, Evaluationen etc.; Vervielfachung der MB –Rundschreiben und KMS über das OWA-Postfach; Elterneingaben

¹ Arbeitsgemeinschaft der Verwaltungskräfte an Bayerischen Schulen

per Mail etc.; Abwicklung aller Vorgänge bzgl. der Meldung zu Fortbildungen (FIBS) per Schulsekretariat; insgesamt höherer Verwaltungsaufwand durch zunehmende Autonomie.

„Die Gegenüberstellung der Erfahrungswerte aus anderen Kommunen bezogen auf die entsprechende Schulform zeigt...“

Die der MTG –Überprüfung zugrunde gelegten Kennzahlen halten einer Gegenüberstellung in den Vergleichswerten nicht Stand.

Ein Vergleich des MTG wäre nur zulässig mit einem kommunalen Gymnasium

- in Bayern (zentrales Abitur, achtjähriges Gymnasium mit neuer Oberstufe)
- mit derselben Ausbildungsrichtung (offene Ausbildungsrichtung mit komplizierter Unterrichtsgruppenverwaltung - davon gibt es in Bayern nur noch ein einziges weiteres)
- wenn keine weiteren städtischen Gymnasien vorhanden sind (also auch keine Krankheitsaushilfe innerhalb der Kommune mit Wissen um die Abiturvorgänge möglich ist)
- mit offenem Ganztagesbetrieb (externe Kooperationspartner/ Ganztagesbetreuung Mittagessen etc.)
- mit Ausbildungsfunktion für Verwaltungsfachkräfte

„Um diese Mehraufwände zu berücksichtigen, wurdenAufschläge auf die schulformbezogenen Erfahrungswerte von Rödl & Partner einbezogen...“

Unsachgemäße Binnendifferenzierungen unter 40W, 40T und 40M

so z. B. beim Sonderbedarf für Reisekosten, Personalangelegenheiten etc. für alle drei Schulen mit 20% in gleicher Höhe; Das MTG verwaltet die **doppelte Anzahl an Lehrkräften**.

Auch die weiteren Aufschläge zeigen Ungereimtheiten zwischen den Schulen und sind in sich äußerst fragwürdig.² Dass der Verwaltungsaufwand für das MTG mit nur 157 Stunden mehr berechnet wird als für die WIR, ist aus vielen Gründen nicht nachvollziehbar, insbesondere, wenn die staatliche Richtlinie einen für die Wirtschaftsschule um 0,5 niedriger angesetzten Standard ausweist. Warum wird der WIR z.B. ein 10%iger Zuschlag auf den Mangel an Verwaltungsprogrammen gegeben, wenn vorher das Gutachten die Effizienz in der EDV als Grund für Einsparungen aufführt? De facto ist es so, dass schulinterne Verwaltungsprogramme häufig effizienter sind als die Vorgaben durch das KM, die für das Gymnasium gelten.

Abschließende Stellungnahme

Der Schulleitung des MTG wurden vor dem Gespräch mit Rödl & Partner keine Angaben zum zu erwartenden Inhalt gegeben. Eine sachgemäße Vorbereitung, d.h. die Übergabe von aussagekräftigen Zahlen, Erhebungen etc., wie sie durch das MTG bisher immer in Eingaben, Protestgesprächen, Anträgen zur Stellenschaffung oder in MzK vorgelegt wurden, wurde dadurch a priori verhindert.

Das Gespräch wurde mit allen drei Schulleitern gemeinsam, formlos und unsystematisch geführt; es dauerte wenig über 70 Minuten.

Die im Gutachten vorgenommenen Vergleiche basieren auf zwei Fehlern

1. drei völlig unterschiedliche Schulen – zwei davon besitzen sowieso kaum Vergleichswerte – in eine Gesamtrechnung einzubringen

² Warum wird z.B. der Betreuungsaufwand von den erheblich jüngeren Schülerinnen und Schülern der 5. und 6. Jahrgangsstufe mit auch immer komplexeren Übergängen (in den neuen Gelenkklassen) nicht berücksichtigt?

2. Für das Gymnasium keine adäquaten Vergleichszahlen (s.o.) herangezogen zu haben und um die erforderlichen Qualitätsentwicklungsvorgaben seitens des Bayer. Kultusministeriums nicht zu wissen.

Rödl & Partner hat Äpfel mit Birnen verglichen. Deswegen lehnt das MTG den Konsolidierungsvorschlag der Einsparung von 0,5 , bzw. 0,9 (nachrichtlich 2013ff) Stellen ab und hält an der Forderung der unverzüglichen zusätzlichen Stellenschaffung eines Verwaltungsleiters fest.

Von vorneherein hatte das Gespräch den Zielcharakter, Personaleinsparungen vor allem am MTG vorzunehmen. Im Gutachten selbst wird die aus Altersgründen zu vollziehende Ruhestandsversetzung einer Schulsekretärin als Möglichkeit der Haushaltskonsolidierung angesprochen. Diese Sekretärin verzeichnete so gut wie nie Krankheitsausfälle, sie hatte 68 Überstunden, sie wollte im Sommer 2012 in das Blockmodell der Altersteilzeit eintreten – sie verstarb mit 59 Jahren mitten im Dienst am 7. Dezember 2010. Wenige Tage vor ihrem Tod telefonierte sie noch mit der Sekretärin eines benachbarten Gymnasiums und erzählte von ihrer Angst, wie man das alles in der Schule noch schaffen sollte. Ungefähr eine Woche vorher waren die Einsparungsvorschläge von Rödl & Partner unter den Mitarbeiterinnen im Sekretariat bekannt geworden .

08.01.2011
gez. R. Strübing,
Oberstudiendirektorin



STELLUNGNAHME ZUR SITUATION DER VERWALTUNGSKRÄFTE

Schuljahr	Verwaltungskräfte	Schülerzahl	Staatl. Richtwerte Gym
89/90	3,5	780	
96/97	2,5	800	2,5
Seit 07/08	2,5	1050 (+31%)	3
ORGA	3,5 (incl.VL)	1050	3
Der VL-Stellenantrag war - wie folgt - geplant, wurde aber dann doch nicht eingebracht			
2010/211	3,5	1050	3
2012/13	3 (nach erfolgter ½ kw bei Freistellungsphase Schuck)	nach G9: 950	3
Rödl & Pa	2	nach G9: 950	3

Erläuterungen

- Jahrelange Arbeit unterhalb des Standards: Keine Wahrnehmung verpflichtender Aufgaben (z.B. Schulbibliothek)
- Vorzeitiger Todesfall auch Ausdruck des Ergebnisses der Absenkung von Standards. Zustimmung der SL für ½ kw-Vermerk nur für die Voraussetzung von 3,5 Stellen (incl. VI)
- Staat: Anhebung der tatsächlichen Schülerzahlen um den Anteil nicht vollwertiger Lehrkräfte (Referendare). Beim MTG würde das die Zahl um ca.60 Schüler erhöhen und damit eine höhere Richtzahl (3,5) zur Folge haben.
- Die Diskrepanz zwischen interner Organisationsprüfung und externem Vergleich stellen die Arbeit des Organisationsamtes und der Schule in Frage.
- Die externe Unternehmensprüfer haben mit fragwürdigen Kennzahlen und mangelnder Binnendifferenzierung gearbeitet. Sie werfen auch die Frage nach einer Überprüfung einer Zurücksetzung von 40M zugunsten 40W auf; (siehe Stellungnahme MTG zu Rödl & Partner)
- Die Notwendigkeit eines Verwaltungsleiters am MTG wurde hinlänglich begründet, zuletzt durch die fehlerhafte Personalabrechnung, die erst das MTG überhaupt nachgewiesen hat. 40 M erhält auf weitere Fragen zu vermuteten Abrechnungsfehlern seit Anfang Dezember keine Antwort.
- Das MTG hält am Verlangen der Stellenschaffung eines Verwaltungsleiters fest. Gleichzeitig erwartet 40M die Wiederbesetzung der Stelle der Verstorbenen. Treffen beide Voraussetzungen zu, erklärt sich das MTG nach wie vor mit einer Reduktion um 0,5 auf 3 VZÄ einverstanden.

Stellungnahme zu den Vorschlägen der Unternehmensberatung

- I. 1. Empfehlung: „Für die Städtische Fachschule für Techniker wird eine Absenkung des Personaleinsatzes im Schulsekretariat um 0,4 VZÄ empfohlen“.

Im Jahr 1999 fand bereits eine Überprüfung des Stellenbedarfs im Schulsekretariat von 40T unter Leitung von Herrn Deininger statt. Mit einem Personalbemessungsbogen wurden am 28.4.1999 ein Bedarf von 2,28 Planstellen ermittelt, unter Berücksichtigung der mBz nach KGSt 2,07 Planstellen. Laut Schlussvermerk vom 14.6.1999 wurden 2,0 Stellen zugestanden.

Im Jahr 2001 wurde wegen des Auslaufens der Industriemeisterausbildung (2002) freiwillig eine halbe Stelle zurückgegeben um damit die Möglichkeit einer Stelle eines Rechnerbetreuers für die städtischen Schulen zu ermöglichen.

In der Zwischenzeit kamen neue Aufgaben hinzu. An der Ergänzungsprüfung zur Fachhochschulreife nehmen fast alle Absolventen teil. Die organisatorische Vorbereitung und v.a. die umfangreiche Dokumentation und Protokollierung für die Schulaufsichtsbehörde erfordern viel Bearbeitungszeit. Seit Beginn dieses Schuljahres wird an der Technikerschule Schulgeld erhoben. Mit der Erstellung der Rechnungen, der Überprüfung der Zahlungseingänge und dem Mahnverfahren ist ein neues zeitintensives Arbeitsgebiet entstanden.

Von Seiten der Unternehmensberatung wurde dargelegt, dass die Kennzahl der Technikerschule Erlangen 0,35 wäre, was bedeutet, dass pro 100 Schüler 0,35 Sekretariatsangestellte beschäftigt sind. Die Kennzahl des Durchschnitts der Schulen anderer Kommunen (bundesweit) liege aber bei lediglich 0,14 - an beruflichen Schulen bei 0,16 bis 0,18. Dem ist entgegen zu halten, dass in vergleichbaren Technikerschulen eine durchaus vergleichbare Situation wie an der Technikerschule Erlangen besteht:

- in Erlangen 1,5 Stellen für 428 Schüler, ergibt Kennzahl 0,350,
- in Nürnberg 1,5 Stellen für 482 Schüler, ergibt Kennzahl 0,311,
- in Ingolstadt 2,0 Stellen für 550 Schüler, ergibt Kennzahl 0,360.

Nach einem mir vorliegenden kultusministeriellem Schreiben (s. Anhang) ergibt der Schlüssel für die Bereitstellung von Verwaltungskräften der Schulleitung bei einer Anzahl von 301 bis 700 Schülern eine Zahl von 1,5 Verwaltungsangestellten. Für Schulen mit einem höheren Verwaltungsanteil, wie es an der Technikerschule zutrifft, erhöht sich die Zahl um 0,5.

Fazit: Die Anzahl von 1,5 VZÄ Stellen ist dringend geboten. Bei einer Reduzierung der Stellen im Schulsekretariat müssten Arbeiten an andere Ämter abgegeben werden.

2. Empfehlung: „... empfiehlt Rödl&Partner, das Schulgeld für die städtische Fachschule für Techniker auf 1000 EUR pro Jahr für Vollzeitschüler und 500 EUR pro Jahr für Teilzeitschüler zu erhöhen“.

Vor eineinhalb Jahren verpflichteten wir unsere Studierenden, einen eigenen Laptop anzuschaffen und im Unterricht zu verwenden. Deshalb konnten 2 EDV-Räume an der Schule zu Klassenzimmern zurückgebaut werden, die wir zur Lösung der Raumprobleme benötigten. Auf eine Containerzwischenlösung konnte dadurch verzichtet werden, was der Stadt hohe Ausgaben ersparte. Die Studierenden haben damit bereits in gewisser Weise einen Eigenbeitrag zur Konsolidierung geleistet.

Einen weiteren Konsolidierungsbeitrag leisten die Studierenden durch das Schulgeld in Höhe von 500€/Jahr (bzw. 250€/Jahr für die Teilzeitausbildung), das mit Beginn des Schuljahres 2010 eingeführt wurde. Dies ist für unsere Studierenden ein großer finanzieller Kraftakt. Für die Stadt Erlangen verbleibt von den Schulgebühren aufgrund der gleichzeitigen Reduzierung der Gastschulbeiträge davon nur noch 70%.

Durch eine weitere Erhöhung des Schulgeldes steigt die finanzielle Belastung der Studierenden um das Doppelte. Während in der Öffentlichkeit bereits wieder über eine Rücknahme der Studiengebühren an Hochschulen diskutiert wird, auch um für die Zukunft qualifizierte Arbeitskräfte in ausreichendem Maße zu erhalten, erscheint die Verdoppelung der Gebühren für die Techniker-ausbildung kontraproduktiv.

Zu bedenken ist auch, dass aufgrund der gleichzeitigen Reduzierung der Gastschulbeiträge die Studierenden knapp 43% mehr aufbringen müssen, als es einen Beitrag zur Konsolidierung leistet.

In der Region gibt es weitere öffentliche Technikerschulen:

Die Rudolf-Diesel-Fachschule in Nürnberg ist schulgeldfrei.

Das Staatliche berufliche Bildungszentrum in Bamberg bietet seit 2009 ebenfalls eine Techniker-ausbildung an – ebenfalls schulgeldfrei.

Die Berufsschule Herzogenaurach wird ab 2011 eine Technikerausbildung anbieten, mit Schulgeld in Höhe von 500€, bzw. 250€ pro Jahr.

Fazit: Eine weitere Erhöhung der Schulgebühren würde die Studierenden über Gebühr belasten, obwohl sie bereits wesentliche Beiträge zur Konsolidierung geleistet haben. Außerdem würde dies zu einer „Wettbewerbsverzerrung“ in der Region führen.



Fritz Forster
Studiendirektor
Schulleiter

- I. 40/ Frau Mahns z.W.
- II. Kopie <40T z. A. Schulgebühren; Verwaltungspersonal>

Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus

Abdruck

Bayer. Staatsministerium für Unterricht und Kultus · Postfach · 8000 München 1

An die
Regierungen

TELEFAX

Regierung von
Schwaben

von

m. f. G.

an

Herrn Hartl
Telefax-Nr.

Bei Störungen bitte anrufen
(0821) 327-

Die Sendung besteht aus
Seiten

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Bitte bei Antwort angeben
Unser Zeichen

IV/14 - 13/80 275

Telefon
(089) 21 86 -
2509

München,
01.08.1990

Verwaltungspersonal der Schulleitung an staatlichen beruflichen
Schulen bei Kap. 05 15 und Kap. 05 16 (ohne Berufsfachschulen des
Gesundheitswesens)

Anlage: 2 Abdrucke

Aufgrund des Schülerrückgangs an den staatlichen beruflichen Schulen
wird der Schlüssel für die Bereitstellung von Verwaltungskräften
der Schulleitung neu festgelegt. Grundlage hierfür ist die Zahl der
Schüler an den unter einer einheitlichen Leitung stehenden Schulen.

Zahl der
Schüler

Zahl der
Verwaltungs-
angestellten

bis	300	1,0
301 -	700	1,5
701 -	1100	2,0
1101 -	1600	2,5
1601 -	2200	3,0
2201 -	2900	3,5
2901 -	3700	4,0
über	3700	4,5

55/61

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:
I/40 MCA T. 2605

Verantwortliche/r:
Frau Mahns

Vorlagennummer:
40/050/2011

Stellungnahme des Schulverwaltungsamtes zum Maßnahmenvorschlag von Rödl & Partner Nr. 14 "Kostenerstattung für die Überlassung von Schulküchen und Personal an Dienstleister"

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Schulausschuss	20.01.2011	öffentlich	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen

I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

II. Sachbericht

In 24 Erlanger Schulen aller Schularten wird ein Mittagessen angeboten. Die jeweiligen Caterer wurden von den Schulen mit Beteiligung des Schulforums bzw. der Elternbeiräte ausgesucht. Hier spielten vor allem die Qualität und der Preis des Essens eine Rolle, wobei eine gesunde Ernährung mit frischen, regionalen und ökologisch einwandfreien Produkten im Mittelpunkt steht. Die Schulen haben dabei unter verschiedenen Anbietern diejenigen ausgewählt, die ihren Vorstellungen in Bezug auf Qualität und Preis am besten entsprechen. Insgesamt beliefern 8 unterschiedliche Unternehmen aus der Region die Schulen mit einem Mittagessen. Zwei Schulen nutzen ein nahe gelegenes Gasthaus.

Im Rahmen der Einführung des G8 in Bayern wurde von den sechs Gymnasien in Absprache mit dem Schulverwaltungsamt die Auswahl des Caterers in den Schulforen getroffen. In Art. 69 Abs. 4 Ziff. 3 BayEUG wird geregelt, dass Entscheidungen über die Pausenverpflegung im Einvernehmen mit den Schulforen zu treffen sind. Weitere rechtliche Vorgaben, etwa eine öffentliche Ausschreibung durchzuführen, gibt es nicht.

Der Bayerische Kommunale Prüfungsverband stellte in seinem Prüfungsbericht aus dem Jahr 2008 ergänzend fest: „die Mittagsverpflegung an den Gymnasien ist als Dienstleistungskonzession einzuordnen, da die Gegenleistung für die Mittagsverpflegung nicht in einem vorher festgelegten Preis, sondern in dem Recht besteht, die Mittagsverpflegung entgeltlich zu verwerten (vgl. VK Brandenburg vom 12.8.2003 VK 48/03 in DStGB Aktuell vom 13.2.2004 Nr. 0704-23). Wir weisen darauf hin, dass auch bei Dienstleistungskonzessionen die aus den primärrechtlichen Vorgaben des EG-Vertrags abgeleiteten Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung zu beachten sind. Wegen dieser Grundsätze ist ein angemessener Grad von Öffentlichkeit und Dokumentation sowie ein diskriminierungsfreies Vorgehen bei der Auftragsvergabe sicher zu stellen (vgl. Nr. 3 der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 14.10.2005 Az. I B 3-1512.4-138, AllMBI Nr. 11/2005, S. 424.“

Eine öffentliche Ausschreibung der Leistungen wurde bislang nicht vorgenommen, weil die Schulen hinsichtlich Qualität und Preis mit dem Essen zufrieden sind.

Die mit den Gymnasien geschlossenen Verträge haben unterschiedliche Laufzeiten. Bei zwei Schulen steht eine neue Vergabe der Leistungen für die Mittagsverpflegung an. Hier könnte über eine öffentliche Ausschreibung ermittelt werden, welche Bewerbungen eingehen und welche Preise mit den neuen Konditionen angeboten werden. Selbstverständlich müsste die

Auswahl unter Beteiligung der Schulforen stattfinden.

Die Kosten für zusätzliche Reinigung der Schulmensen sind der beiliegenden Übersicht von Amt 24 zu entnehmen.

Anlagen: Aufstellung Amt 24 „Kosten der Mittagsbetreuung“

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

Kosten der Mittagsbetreuung

- I. Mit Vermerk vom 09.12.2010 bat Amt 40 um Darlegung der jährlichen Kosten für die begleitenden Maßnahmen um die Mittagsverpflegung.

243-2 begrüßt das Aufgreifen der Frage um die Kostenzuordnung für Spüldienste, Zwischenreinigung und Essensausgabe in der EIC (Kosten nicht trennbar).

Die übliche Reinigung von Küchen und Speiseräumen wird mit der Unterhaltsreinigung abgedeckt.

Gemäß aktueller Zusammenstellung sieht die jährliche Subvention der Essen durch das GME (in der Hochrechnung für 2010) je Objekt wie folgt aus :

	Spülkraft	Material **	Sondermüll Speisereste
ASG	8.584,26 €	60,00 €	* 0,00 €
OGY	13.155,52 €	491,09 €	343,05 €
ENG	17.372,00 €	1.917,43 €	858,59 €
MTG	7.486,53 €	232,88 €	284,88 €
CEG	13.184,21 €	107,09 €	284,85 €
GYF	10.403,29 €	412,85 €	417,68 €
EIC	<u>8.690,09 €</u>	<u>325,00 €</u>	<u>300,70 €</u>
	78.875,90 €	3.546,34 €	2.489,75 €
	84.911,99 €		

* Entsorgung im ASG über Restmülltonne

** Geschirreiniger, Klarspüler, Servietten, Sterillium, Geschirrtücher

Es ist eine zunehmende Tendenz der Inanspruchnahme der Essen zu verzeichnen. Gemäß Schätzung des GME-Betriebsbüros ist eine jährliche Zunahme der Kosten von 10-15% zu erwarten.

- II. Amt 40-1 z.K. und zum Weiteren – um Beachtung der Anlagen wird gebeten.
- III. Kopie <Amt 241, Frau Gebhardt> z.K.
Kopie <243/243-2> z.A.

i.A.



Hassler

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:
I/40 T. 2605

Verantwortliche/r:
Mahns, Carmen

Vorlagennummer:
40/051/2011

Stellungnahme der Schulleitung zum Maßnahmenvorschlag von Rödl & Partner Nr. 17 "Erhöhung des Schulgeldes an der städtischen Fachschule für Techniker"

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Schulausschuss	20.01.2011	öffentlich	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen

I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

II. Sachbericht

Anlagen: Stellungnahme der Schulleitung vom 11.1.2011

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

Stellungnahme zu den Vorschlägen der Unternehmensberatung

- I. 1. Empfehlung: „Für die Städtische Fachschule für Techniker wird eine Absenkung des Personaleinsatzes im Schulsekretariat um 0,4 VZÄ empfohlen“.

Im Jahr 1999 fand bereits eine Überprüfung des Stellenbedarfs im Schulsekretariat von 40T unter Leitung von Herrn Deininger statt. Mit einem Personalbemessungsbogen wurden am 28.4.1999 ein Bedarf von 2,28 Planstellen ermittelt, unter Berücksichtigung der mBz nach KGSt 2,07 Planstellen. Laut Schlussvermerk vom 14.6.1999 wurden 2,0 Stellen zugestanden.

Im Jahr 2001 wurde wegen des Auslaufens der Industriemeisterausbildung (2002) freiwillig eine halbe Stelle zurückgegeben um damit die Möglichkeit einer Stelle eines Rechnerbetreuers für die städtischen Schulen zu ermöglichen.

In der Zwischenzeit kamen neue Aufgaben hinzu. An der Ergänzungsprüfung zur Fachhochschulreife nehmen fast alle Absolventen teil. Die organisatorische Vorbereitung und v.a. die umfangreiche Dokumentation und Protokollierung für die Schulaufsichtsbehörde erfordern viel Bearbeitungszeit. Seit Beginn dieses Schuljahres wird an der Technikerschule Schulgeld erhoben. Mit der Erstellung der Rechnungen, der Überprüfung der Zahlungseingänge und dem Mahnverfahren ist ein neues zeitintensives Arbeitsgebiet entstanden.

Von Seiten der Unternehmensberatung wurde dargelegt, dass die Kennzahl der Technikerschule Erlangen 0,35 wäre, was bedeutet, dass pro 100 Schüler 0,35 Sekretariatsangestellte beschäftigt sind. Die Kennzahl des Durchschnitts der Schulen anderer Kommunen (bundesweit) liege aber bei lediglich 0,14 - an beruflichen Schulen bei 0,16 bis 0,18. Dem ist entgegen zu halten, dass in vergleichbaren Technikerschulen eine durchaus vergleichbare Situation wie an der Technikerschule Erlangen besteht:

- in Erlangen 1,5 Stellen für 428 Schüler, ergibt Kennzahl 0,350,
- in Nürnberg 1,5 Stellen für 482 Schüler, ergibt Kennzahl 0,311,
- in Ingolstadt 2,0 Stellen für 550 Schüler, ergibt Kennzahl 0,360.

Nach einem mir vorliegenden kultusministeriellem Schreiben (s. Anhang) ergibt der Schlüssel für die Bereitstellung von Verwaltungskräften der Schulleitung bei einer Anzahl von 301 bis 700 Schülern eine Zahl von 1,5 Verwaltungsangestellten. Für Schulen mit einem höheren Verwaltungsanteil, wie es an der Technikerschule zutrifft, erhöht sich die Zahl um 0,5.

Fazit: Die Anzahl von 1,5 VZÄ Stellen ist dringend geboten. Bei einer Reduzierung der Stellen im Schulsekretariat müssten Arbeiten an andere Ämter abgegeben werden.

2. Empfehlung: „... empfiehlt Rödl&Partner, das Schulgeld für die städtische Fachschule für Techniker auf 1000 EUR pro Jahr für Vollzeitschüler und 500 EUR pro Jahr für Teilzeitschüler zu erhöhen“.

Vor eineinhalb Jahren verpflichteten wir unsere Studierenden, einen eigenen Laptop anzuschaffen und im Unterricht zu verwenden. Deshalb konnten 2 EDV-Räume an der Schule zu Klassenzimmern zurückgebaut werden, die wir zur Lösung der Raumprobleme benötigten. Auf eine Containerzwischenlösung konnte dadurch verzichtet werden, was der Stadt hohe Ausgaben ersparte. Die Studierenden haben damit bereits in gewisser Weise einen Eigenbeitrag zur Konsolidierung geleistet.

Einen weiteren Konsolidierungsbeitrag leisten die Studierenden durch das Schulgeld in Höhe von 500€/Jahr (bzw. 250€/Jahr für die Teilzeitausbildung), das mit Beginn des Schuljahres 2010 eingeführt wurde. Dies ist für unsere Studierenden ein großer finanzieller Kraftakt. Für die Stadt Erlangen verbleibt von den Schulgebühren aufgrund der gleichzeitigen Reduzierung der Gastschulbeiträge davon nur noch 70%.

Durch eine weitere Erhöhung des Schulgeldes steigt die finanzielle Belastung der Studierenden um das Doppelte. Während in der Öffentlichkeit bereits wieder über eine Rücknahme der Studiengebühren an Hochschulen diskutiert wird, auch um für die Zukunft qualifizierte Arbeitskräfte in ausreichendem Maße zu erhalten, erscheint die Verdoppelung der Gebühren für die Techniker-ausbildung kontraproduktiv.

Zu bedenken ist auch, dass aufgrund der gleichzeitigen Reduzierung der Gastschulbeiträge die Studierenden knapp 43% mehr aufbringen müssen, als es einen Beitrag zur Konsolidierung leistet.

In der Region gibt es weitere öffentliche Technikerschulen:

Die Rudolf-Diesel-Fachschule in Nürnberg ist schulgeldfrei.

Das Staatliche berufliche Bildungszentrum in Bamberg bietet seit 2009 ebenfalls eine Techniker-ausbildung an – ebenfalls schulgeldfrei.

Die Berufsschule Herzogenaurach wird ab 2011 eine Technikerausbildung anbieten, mit Schulgeld in Höhe von 500€, bzw. 250€ pro Jahr.

Fazit: Eine weitere Erhöhung der Schulgebühren würde die Studierenden über Gebühr belasten, obwohl sie bereits wesentliche Beiträge zur Konsolidierung geleistet haben. Außerdem würde dies zu einer „Wettbewerbsverzerrung“ in der Region führen.



Fritz Forster
Studiendirektor
Schulleiter

- I. 40/ Frau Mahns z.W.
- II. Kopie <40T z. A. Schulgebühren; Verwaltungspersonal>

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente

Einladung -öffentlich-	1
------------------------	---

Vorlagendokumente

TOP Ö 1.1 Bearbeitungsstand der Fraktionsanträge	
Mitteilung zur Kenntnis 40/045/2010	3
Bearbeitungsstand_01_2011 40/045/2010	4
Fraktionsantrag Nr. 112 /2010 Inklusion 40/045/2010	5
TOP Ö 2 Vorstellung der Homepage "Erlangen - une ville à aimer - Erlangen - ein	
Mitteilung zur Kenntnis 40/046/2010	8
Pressemitteilung 40/046/2010	9
TOP Ö 3 Fachamtsbudget, Stellenplan und Arbeitsprogramm 2011 des Schulverwaltu	
Beschlussvorlage 40/043/2010	10
Anlage 1: Abstimmungsskript_Fachausschüsse_ErgebnisHH_abgestimmt__4011	11
Anlage 2: Verwaltungsvorlage Stellenplanänderung Auszug Amt 40 40/043	12
Anlage 3: Finanzplan_Investplan_ Auszug Amt 40 40/043/2010	16
Arbeitsprogramm_ 2011 40/043/2010	19
AnlagezumArbeitsprogramm_2011 40/043/2010	27
TOP Ö 3.1 Fachamtsbudget; Änderungsanträge zum Haushaltsentwurf 2011 lfd. Nr 40	
Mitteilung zur Kenntnis 40/049/2010	28
168_Zweckverband 40/049/2010	29
Zweckverband_Spardorf_Änd_Verteilungsschlüssel 40/049/2010	30
TOP Ö 4 Maßnahmenvorschläge von Rödl + Partner	
Beschlussvorlage 112/024/2010	32
Anlage 1: Schreiben OBM/ZV vom 13.12.2010 112/024/2010	33
Anlage 2: Abstimmungsvorlage Rödl Partner A4 s/w 112/024/2010	34
TOP Ö 4.1 Stellungnahme der Personalvertretung zu einzelnen Vorschlägen der ext	
Mitteilung zur Kenntnis BM/ZV/010/2010	36
Anlage 1 - Stellungnahme PR zu Vorschlägen von Rödl + Partner BM/ZV/0	37
Anlage 2 - Stellungnahme DienststellenPR zu Stellenstreichung 40M BM	40
Anlage 3 - Stellungnahme DienststellenPR zu Stellenstreichung 40W BM/	42
TOP Ö 4.2 Stellungnahmen des Fachamtes und der Schulleitungen zum Maßnahmenvors	
Mitteilung zur Kenntnis 40/048/2010	43
Anlage 1: Stellungnahme WIR_SEKRETARIAT_181210 40/048/2010	45
Anlage 2: RÖDL PARTNER_STELLUNGNAHME_MTG 40/048/2010	49
Anlage 2.1 WIEDERBESETZUNG MTG 40/048/2010	52
Anlage 3: Stellungnahme_TS zu Rödl+Partner 40/048/2010	53
Anlage 4: Richtwerte Besetzung Sekretariat_TS 40/048/2010	55
TOP Ö 4.3 Stellungnahme des Schulverwaltungsamtes zum Maßnahmenvorschlag von Rö	
Mitteilung zur Kenntnis 40/050/2011	56
Kosten_Mensen 40/050/2011	58
TOP Ö 4.4 Stellungnahme der Schulleitung zum Maßnahmenvorschlag von Rödl & Part	
Mitteilung zur Kenntnis 40/051/2011	59
Stellungnahme_TS zu Rödl+Partner 40/051/2011	60

Inhaltsverzeichnis	62
--------------------	----